

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 22. Juni 2017,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 19.50 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Sarah Früh, 3. Max Husi, 4. Dr. Max Pfenninger (ab 19.20 Uhr),  
5. Daniel Probst, 6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger,  
9. David Tschan, 10. Markus Wyss (ab 19.20 Uhr)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Fritz Buser, 4. Paul Dilitz,  
5. Gökhan Karabas, 6. Eugen Kiener, 7. Andrea Leonhardt Moor,  
8. Huguette Meyer Derungs, 9. Dr. Rudolf Moor, 10. Luc Nünlist, 11. Marion Rauber,  
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehram, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy,  
5. Moritz Segna, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Beatrice Schaffner (ab 19.15 Uhr)

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Beate Hasspacher (ab 18.50 Uhr), 3. Anita Huber,  
4. Michael Neuenschwander, 5. Raphael Schär, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Anton Brügger, 3. Ernst Eggmann, 4. Doris Känzig, 5. Philippe Ruf,  
6. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob

Stadtrat:  
Dr. Martin Wey, Stadtpräsident  
Thomas Marbet, Baudirektion  
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend:  
Alexandra Kämpf  
Urs Knapp  
Nenad Skalonja  
Franziska Erzinger  
Dr. Patrik Stadler

Vorsitz: Matthias Borner

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - 7.1. Interpellation Christine von Arx (SP) und Mitunterzeichnende betr. Umsetzung von Konzepten
  - 7.2. Interpellation Luisa Jakob (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Arbeitsumstände Sexarbeiter\*innen
  - 7.3. Postulat Fraktion Grüne betr. fussgängerfreundliche Kreuzung Gäustrasse/Rötz matt
  - 7.4. Interpellation Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Naturkonzept Olten
8. Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

\* \* \*

**Parlamentspräsident Matthias Borner** begrüsst die Anwesenden zur definitiv letzten Sitzung der Legislatur. Heute ist es etwas speziell. Ich habe gehört, dass der Zug zwischen Zürich und Olten ausgefallen ist. Beate Hasspacher ist in diesem Zug. Es kann sein, dass der Eine oder Andere noch kommt. Aber ich muss nicht ganz so bange, wie bei meiner Eröffnungsrede warten. Wir sind beschlussfähig.

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 72

## **Dringliche Interpellation SP Olten/Junge SP Region Olten-Fraktion betr. Chessiloch/Beantwortung**

Die Fraktion der SP Olten/Junge SP Region Olten hat am 18. Juni 2017 eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

" Der Stadtrat wird aufgefordert, über die Zustände im Chessiloch umfassend aufzuklären und offenzulegen, mit welchen Massnahmen eine zeitnahe Öffnung des Wanderweges sichergestellt werden kann.

### Begründung der Dringlichkeit

Die Sperrung des Weges im Chessiloch dauert nun schon mehrere Wochen. In gut zwei Wochen beginnen die Sommerferien. Bleibt der Weg während der Sommerferien gesperrt, dürfte das in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden. Eine Klärung der Situation ist daher dringend.

### Begründung der Interpellation:

Seit Anfang April ist der Durchgang Chessiloch gesperrt. Eine instabile Mauer beim hinteren Steinacker bedroht den Durchgang. Die Sperrung ihrerseits verhindert den Durchgang entlang des Aareufers und unterbricht damit die nationale Wanderroute 7 und das öffentliche Durchgangsrecht.

Folgende Fragen werden dem Stadtrat zur Beantwortung gestellt:

1. Befindet sich das abrutschende Mauerwerk auf öffentlichem Gelände? Welche baulichen Massnahmen sind zur Hangsicherung notwendig?
2. Warum wurde die entsprechende Hangsicherung noch nicht vorgenommen?
3. Welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten hat der Stadtrat, um die Passierbarkeit des Weges rasch wiederherzustellen?
4. Wann wird der Wanderweg aus heutiger Sicht wieder geöffnet werden?
5. Wer bezahlt die allfälligen Sanierungskosten, sollten durch das abrutschende Mauerwerk öffentliche Bauten beschädigt werden?
6. Wie wird sichergestellt, dass sich die Wiederöffnung des Gehweges nicht noch weiter verzögert? Welche Konsequenzen drohen dem Verursacher, sollte es zu weiteren Verzögerungen kommen?"

- - - - -

**Stadtrat Thomas Marbet** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

### Dringlichkeit

Der Stadtrat befürwortet die Dringlichkeit. Weil in der Bevölkerung ein grosses Interesse besteht, möchte der Stadtrat die Gelegenheit nutzen, die nicht ganz einfache Sachlage zu klären.

## Ausgangslage

Anfangs März hat die Stockwerkeigentümergeinschaft (StwEG) Hinterer Steinacker 70 festgestellt, dass eine neu erstellte Stützmauer nach dem Erdstoss nicht stabil ist. Sie hat unverzüglich einen ortsansässigen Ingenieur zur Beurteilung eingeladen. Dieser hat die „starke“ Empfehlung abgegeben, den Uferweg sofort zu sperren. Die Stockwerkeigentümer haben mit dem Werkhof der Stadt Olten Kontakt aufgenommen und dabei die Sachlage erläutert mit der dringlichen Bitte, die Sperrung des Uferweges aus Sicherheitsgründen zu veranlassen. Der Werkhof hat daraufhin die Absperrung beim Gäubahnsteg und beim Ruttigerweg unverzüglich vorgenommen. Wenige Tage später musste die Absperrung noch verstärkt werden.

Die Baudirektion hat mit der StwEG Kontakt gehalten. Nach rund einem Monat hat diese beim Gericht die Schadenfeststellung mit gerichtlich bestelltem Sachverständigen beantragt. Seither wird die StwEG durch einen ortsansässigen Juristen vertreten. Die Baudirektion steht mit dem Juristen seither in Kontakt. Mit Beginn der Badesaison wurde dem Juristen mitgeteilt, dass die Stadt Olten auf eine schnelle Öffnung drängt und der Druck der Öffentlichkeit infolge Bedürfnis der Badenden steigen wird.

Es wurde mitgeteilt, dass das Gericht einen Sachverständigen bestimmt hat. Dieser hat den Schaden aufgenommen und die Gründe für die instabile Mauer ermittelt. Der Jurist hat den Auftrag erhalten, eine Vereinbarung zwischen den Stockwerkeigentümern und dem Bauunternehmer, welcher die Mauer ursprünglich erstellt hat, zu verfassen und alle Punkte betreffend Kostenfolgen zu regeln.

Gemäss Auskunft des Juristen sollte dies bis Mitte Juni abgeschlossen sein. Kurz darauf kann, ebenfalls gemäss Auskunft, einem Bauunternehmer der Auftrag zum Rückbau der instabilen Mauer und des losen Materials erteilt werden. Gemäss Auskunft eines Bauunternehmers, welcher die Arbeiten offeriert hatte, wäre mit einer Rückbauzeit von zwei bis drei Wochen zu rechnen.

Sobald der Rückbau ausgeführt ist, kann der öffentliche Fussweg wieder geöffnet werden.

## Beurteilung der Möglichkeiten

Wenn ein derartiges Ereignis passiert, hat der Eigentümer des öffentlichen Weges die Möglichkeit, beim Verursacher zu intervenieren und auf eine Lösung zu drängen. Wenn nichts passiert, besteht die Möglichkeit einer Ersatzvornahme durch den Eigentümer (z.B. Schutznetze anbringen, Tunnel errichten, usw.), mit dem entsprechenden finanziellen Risiko. Um jedoch in diesem Fall die Ersatzvornahme tätigen zu können, muss zuerst die Gefahr behoben werden. Aus Sicherheitsgründen dürfen unterhalb der Mauer keine Arbeiten verrichtet werden.

Auch eine Ersatzvornahme bräuchte im Übrigen für die Planung, Finanzbeschaffung und Ausführung mehrere Wochen Zeit.

In diesem Fall hat die private Eigentümerschaft glaubhaft gemacht, schnell für den Rückbau der instabilen Mauer sorgen zu wollen. Nach ihren Auskünften sei dies bis vor den Sommerferien 2017 möglich.

Zu den gestellten Fragen

1. *Befindet sich das abrutschende Mauerwerk auf öffentlichem Gelände? Welche baulichen Massnahmen sind zur Hangsicherung notwendig?*

Die desolante Stützmauer befindet sich einige Meter zurückversetzt auf privatem Grundstück rund 7 m über dem Uferweg der Stadt Olten. Ein Rückbau der Mauer ist vorgesehen.



2. *Warum wurde die entsprechende Hangsicherung noch nicht vorgenommen?*

Es wurde juristisch geklärt, wer für den ungenügenden Mauerbau zuständig ist und die Sanierungskosten tragen muss. Gerichtliche bzw. juristische Verfahren dauern eine gewisse Zeit, die nicht immer voraussehbar ist.

3. *Welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten hat der Stadtrat, um die Passierbarkeit des Weges rasch wiederherzustellen?*

Siehe oben, Ausgangslage und Beurteilung.

4. *Wann wird der Wanderweg aus heutiger Sicht wieder geöffnet werden?*

Aus heutiger Sicht in wenigen Wochen.

5. *Wer bezahlt die allfälligen Sanierungskosten, sollte durch das abrutschende Mauerwerk öffentliche Bauten beschädigt werden?*

Die Haftung liegt bei den beteiligten Privatpersonen.

6. *Wie wird sichergestellt, dass sich die Wiederöffnung des Gehweges nicht noch weiter verzögert? Welche Konsequenzen drohen dem Verursacher, sollte es zu weiteren Verzögerungen kommen?*

Siehe oben, Ausgangslage und Beurteilung

- - - - -

**Parlamentspräsident Matthias Borner:** David Tschan ist Miteigentümer dieses Wegs. Deshalb hat er gesagt, er möchte lieber in den Ausstand treten. Merci vielmals.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Es ist natürlich immer unangenehm, wenn ein Weg gesperrt wird oder eine Umleitung begangen werden muss. Das ist sicher auch beim Uferweg im Chessiloch der Fall. Es hat vielleicht lange nicht gestört, weil es Winter war. Als das Ereignis auftrat, war es noch kalt, und mit der Eröffnung der Badi im Mai ist dieser Weg dann natürlich strenger begangen worden, weil die Badigäste ja im Chessiloch auch in die Aare steigen und bei der Badi aussteigen wollen. Abgesehen davon ist es ja auch ein Wanderweg, der begehbar ist und bleiben sollte. Von daher ist jede Inkonvenienz unschön. Wichtig für den Stadtrat, für die Stadt ist in diesem Fall die Sicherheit der Passanten. Deshalb ist der Weg nach Kenntnisnahme dieses drohenden Hangrutsches oder dieser Befestigung gesperrt worden. Wie Ihr auch gesehen habt, hat man die Sperrung, als die Badesaison eröffnet wurde, zurückversetzt, so dass es weiterhin möglich ist, den «Aareschwumm» zu machen, einfach nicht mehr im gleichen Ausmass, wie man es früher hatte. Sicherheit zuerst. Das war eigentlich unsere Maxime. Wir müssen als öffentliche Hand, Gemeinde, einschreiten, nicht erst, wenn der Schaden angerichtet, sondern wenn er absehbar ist. Das betrifft beispielsweise auch einen Baum mit morschen Ästen, den man fällt, oder kann auch einen Privateigentümer betreffen, der den Schnee vom Dach wegräumen muss, wenn er droht, auf die Strasse, auf öffentlichen Grund zu fallen. Das hatte man gemacht. Wie Ihr gelesen habt, ist dies jetzt insofern eine etwas spezielle Situation, weil die Stadt hier eigentlich etwas Trittbrettfahrerin ist, denn der «Tatort» ist auf privatem Grund. Der Tatversucher – das möchte ich jetzt nicht mutmassen – ist möglicherweise – ich weiss es nicht im Detail – eine unsachgemässe Anfertigung oder Befestigung dieser Mauer und dieser Steine. Wer dort war, hat diese Bilder gesehen. David Tschan hat vorhin anboten, dies auch mit Leuten anzuschauen. Es ist wirklich eine relativ grosse Distanz zwischen Mauer, Hang und den Steinen, die dort drohen, auf den Uferweg zu fallen. Im Moment ist dies eigentlich eine Auseinandersetzung um Kosten. Letztlich geht es immer um Geld. Die Leidtragenden sind insofern wir, als halt diese Steine auf einen öffentlichen Weg herunter zu fallen drohen. Wir sind seit Monaten, Wochen in Kontakt mit der Grundeigentümerschaft. Ich habe mir jetzt alle Unterlagen noch einmal beschaffen lassen. Ihr seht, es ist sehr umfangreich. Es liegt auch ein Gutachten vor, das uns dazu gezwungen hat, diesen Weg sofort zu sperren. Dem sind wir ja auch nachgekommen. Wie ich jetzt gehört habe, gibt es einen Grund zur Annahme, dass diese Vereinbarung unmittelbar vor der Unterzeichnung steht, dass die Kostenfolgen zwischen Verursacher und Geschädigten. Letztlich ist ja auch der Grundeigentümer geschädigt, wenn eine Massnahme nicht sachgerecht ausgeführt wurde. David Tschan hat mir aber auch gesagt, dass er als Eigentümerversprecher zwei Wochen abwesend war und die letzte Information heute auch nicht mehr erhalten hat. Ich bin guten Mutes. Aber ich bin natürlich auch gescheit genug, keine Versprechungen abzugeben. Ich kann Euch nicht sagen, wann dieser Uferweg wieder geöffnet wird. Er kann geöffnet werden, wenn er sicher ist. Solange bleibt er halt geschlossen. Es stellt sich vielleicht noch die Frage: Können wir dann als Einwohnergemeinde eine Ersatzvornahme machen? Das könnte man sich überlegen. Man muss sich einfach bewusst sein: Wer hat schon gerne einen Fremden im eigenen Garten? Mit welcher Legitimation? Man geht dann natürlich auf privaten Grund, um Vorrichtungen vorzunehmen. Es braucht dann auch ein Verfahren. Wir haben ja gestern gehört, dass das staatliche Handeln immer eine Rechtsgrundlage haben muss. Es braucht dann auch Abmahnungen, Fristansetzung. Wir haben bei diesem Ereignis darauf gesetzt, dass der Grundeigentümer grosses Interesse hat, diesen Schaden zu beheben und rasch zu

beheben. Ich gehe davon aus, dass dies Mitte Juli der Fall sein wird. Wenn diese Vereinbarung steht, ist es nachher eigentlich der kleinste Teil der Zeit, dies es noch braucht, bis der Bauunternehmer die Steine dann entfernt hat. Aber es ist für uns als Gemeinde relativ heikel, eine Ersatzvornahme zu machen. Man muss dann auf fremdem Eigentum bauen. Ich weiss nicht, ob es im Nachhinein noch eine Baubewilligung braucht. Wenn wir als Stadt bauen, unterschreibe ich als Eigentümer und Bauherr. Wer unterschreibt bei einem Baugesuch, das ich auf privatem Grund mache? Es ist relativ schwierig, abgesehen von der Kostenfolge. Wir wollen aus dieser Unpässlichkeit keine Kosten haben. Die Haftung ist bei den Privaten. Es ist auf privatem Grund passiert, jetzt halt mit Auswirkungen auf den öffentlichen Grund. Das ist etwa, was ich sagen kann. Alles andere liegt zwischen zwei Vertretern/Vertreterinnen des Grundeigentümers und des Unternehmers, die sich einigen müssen, die sich auch juristischen Beistand eingeholt haben. Ich bin guter Dinge, dass es zustande kommt, dass die Lösung Mitte Juli stehen wird. Aber ich gebe kein Versprechen ab.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Einfach eine kurze Ergänzung zu dem, was zu Frage 4 als Antwort steht: Der Wanderweg als Wanderweg ist ummarkiert worden. Das ist vielleicht auch nicht allen Leuten bewusst. Aber ich denke, wenn wirklich jemand Fremder kommt und den gelben Wanderwegtäfelchen nachgeht, gerät er nicht in die Sackgasse, sondern wird unten am Ende des Gäubahnstegs oben hineingeleitet, und ich nehme an, von der hinteren Seite, wenn man vom Born herunterkommen, gegengleich ebenfalls.

**Luc Nünlist:** Ich danke dem Stadtrat für die Sicherstellung der Sicherheit. Allerdings erwarte ich auch, dass wir in diesem Moment die öffentliche Ordnung sicherstellen. Ich finde, der Wanderweg geht eigentlich beim Chessiloch vorbei und nicht durch das Quartier. Er geht beim Naturschauplatz vorbei. Ich finde es nicht ganz zufriedenstellend, wenn wir halt einfach auf den Rechtsweg verweisen und sagen: Ja, gut, da ist halt ein Verfahren hängig. Dieses Verfahren kann noch Jahre dauern. Wenn wir darauf warten, dass dieses Verfahren abgeschlossen ist, gehen wir möglicherweise 2020 wieder beim Chessiloch vorbei. Mich persönlich betrifft es nicht. Ich bin heute auch vorbeigegangen. Aber ich habe schon ab und zu Leute gesehen, die tatsächlich «angerannt» sind und dann wieder zurückgehen. Wenn der Uferweg vielleicht während des ganzen Sommers oder auch während des nächsten Sommers geschlossen bleibt, was wir nicht hoffen, entsteht ein Schaden, ein Schaden, den wir natürlich nicht beziffern können. Es ist ein baulicher Mangel auf Privateigentum, der nachher auf dem Rücken der Öffentlichkeit ausgebadet wird. Vielleicht noch ein kleiner Verweis auf verkehrspolitische Diskussionen, die wir auch noch haben: Wenn ein Auto dort durchfahren müsste, wäre dieser Weg schon lange wieder offen. Wäre auf einer Kantonsstrasse eine vergleichbare Situation, würde man diesen Weg schon längst wieder öffnen. Hier fehlt mir etwas die nötige Konsequenz.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am



Der Weg zum Chessiloch ist derzeit ab Höhe Gäubahnsteg gesperrt.

Der öffentliche Uferweg hin zum Chessiloch in Olten bleibt wohl noch bis Ende Mai geschlossen. Eine durch Regen instabil gewordene Mauer könnte Fussgänger gefährden.

Seit rund drei Wochen ist er gesperrt, der Uferweg hin zum Chessiloch in Olten. Grund dafür ist eine durch Regen instabil gewordene Mauer beim Grundstück Hinterer Steinacker 70. Diese droht abzurutschen und könnte allfällige Passanten gefährden. «Die Grundeigentümer sind sehr daran interessiert, dass die Sache möglichst rasch wieder in Ordnung gebracht wird», sagt David Tschan, Miteigentümer besagter Liegenschaft.

Derzeit laufe die Offertphase, die in naher Zukunft aber abgeschlossen werde. «Es wird auch abhängig sein von der Verfügbarkeit des beauftragten Bauunternehmens und des Wetters, wie rasch die Rückbauarbeiten voranschreiten und der Weg wieder geöffnet werden kann», so Tschan weiter. Die Sanierungsarbeiten gestalten sich aufgrund der exponierten Hanglage heikel.

Dennoch rechnet Tschan damit, der allerdings damit rechnet, dass der Weg ab Ende Mai wieder begehbar sein wird. Die Stadt ihrerseits ist sehr daran interessiert, den Weg zum Chessiloch möglichst rasch wieder offen zu sehen. «Das verstehe ich sehr gut», sagt Tschan. «Zumal in naher Zukunft auch die Badesaison beginnt.»

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 73

## **Interpellation Christine von Arx (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Umsetzung von Konzepten/Beantwortung**

Am 26. Januar 2017 haben Christine von Arx (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Seit dem Jahr 2000 hat die Stadt Olten verschiedene Konzepte/Projekte erarbeitet bzw. extern erarbeiten lassen, u.a.

- Kulturförderungskonzept vom 18. November 2004 bzw. Bericht Kultur Olten
- In Olten Gemeinsam, Konzept 2005
- Bericht Sicherheit in Olten vom 9. August 2007
- Fussgängerleitsystem vom 29. Mai 2008
- Entwicklung Innenstadt: Verkehrskonzept vom 7. März 2012
- Integrale Strategie Olten Ost 2014-2021 vom Oktober 2013
- Mobilitätsplan Olten, Bericht Phase 1 vom August 2015
- Oltner Krippen, Pilotprojekt Subjektfinanzierung vom 24. September 2015
- Geleitete Schulen Stadt Olten, Version 2016

Aufgrund der Sparbemühungen des Stadtrates und der Reorganisation der Verwaltung stellen sich in Zusammenhang mit diesen Konzepten/Projekten folgende Fragen:

1. Welches dieser Konzepte ist in den Augen des Stadtrats noch aktuell und sollte im Rahmen der Geschäftstätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung beachtet werden?
2. Welche Stellen bzw. Personen sind für die Umsetzung der einzelnen Projekte/Konzepte zuständig?
3. Wie sehen die einzelnen Prozesse aus, damit die Erkenntnisse der Projekte/Konzepte in die Verwaltungstätigkeit und insbesondere die Entscheidungsfindung in Einzelfällen einfließen?
4. Wie soll das Kulturförderungskonzept in Zukunft umgesetzt werden?
5. Wer betreut das Fussgängerleitsystem, d.h. aktualisiert die Information auf den Informationsträgern (Stelen)?
6. Wie ist der aktuelle Stand des Parkleitsystems (S. 15 Verkehrskonzept)?“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzliches:

In den Jahren 2013/14 wurde in Olten das Projekt „Olten nachhaltig“ durchgeführt. Dieses beabsichtigte der Nachhaltigkeit in Olten ein fassbares Gesicht zu geben und in der Verwaltung eine Nachhaltigkeitskultur zu etablieren. Nachhaltigkeit soll anhand konkreter Instrumente in die Entscheidungsprozesse implementiert werden. Damit sollen Qualität, Transparenz, Kohärenz, Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen erhöht werden. Das Gesamtprojekt sollte dazu beitragen, das Qualitätsmanagement der städtischen Verwaltung zu stärken.

Im Rahmen dieses Projektes wurde unter anderem ein Gesamtüberblick über die wichtigsten Leitbilder und Konzepte der Stadt in Form eines „Leitbilderbaums“ erstellt (Beilage). Dieser soll die Übersicht über den Bestand erleichtern und dazu beitragen, dass bei einem Vorhaben alle relevanten übergeordneten Vorgaben berücksichtigt werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die erwähnten Konzepte sind mit Ausnahme von „In Olten Gemeinsam“ noch aktuell. Integrationsarbeit in Olten wurde bis zum Jahre 2008 im Rahmen extern vergebener Projekte geleistet. Das grösste Projekt, In Olten Gemeinsam (IOG), wurde von einem externen Projektleiter im Mandat geführt. Das Projekt beinhaltete Sprachkurse, Stadtführungen und weitere Angebote. Auf Seiten der Stadt wurde das Projekt durch eine Gruppe mit Vertretungen der Direktionen Sicherheit, Bildung, Soziales und Präsidium begleitet. Das Projekt schuf wertvolle Angebote, wurde aber wegen ungenügender Administration und mangelhaftem Controlling kritisiert und in der Folge abgeschlossen. Seit der Schaffung der Fachstelle Integration im Jahr 2009 wurden neue Grundlagen erarbeitet.

Es gilt im Übrigen bei allen strategischen Grundlagen festzuhalten, dass die Umsetzungen einer rollenden Planung unterliegen, das heisst diese nicht „stur“ nach Plan vollzogen werden, sondern dass neue Erkenntnisse und Erfahrungen aus jeder Realisierungsetappe in den weiteren Planungsprozess einfließen.

2. Die Zuständigkeiten sehen wie folgt aus:

|   |   |
|---|---|
| Bericht Kultur in Olten                     | Direktion Präsidium                               |
| In Olten Gemeinsam bzw. Nachfolgegrundlagen | Direktion Präsidium/Fachstelle Integration        |
| Bericht Sicherheit in Olten                 | Baudirektion                                      |
| Fussgängerleitsystem                        | Baudirektion/Tiefbau                              |
| Entwicklung Innenstadt                      | Direktion Präsidium/Stadtplanung                  |
| Integrale Strategie Olten Ost               | Direktion Präsidium/Stadtentwicklung              |
| Mobilitätsplan Olten                        | Direktion Präsidium/Stadtplanung und Baudirektion |
| Oltner Krippen/Pilotprojekt                 | Direktion Bildung und Sport                       |
| Geleitete Schulen Stadt Olten               | Direktion Bildung und Sport                       |

3. Die zuständigen Stellen und Personen sowie Stadtratsmitglieder sind verantwortlich, dass die bestehenden Grundlagen in die Erarbeitungs- und Entscheidungsprozesse einfließen. Wie einleitend erwähnt, soll dieser Prozess durch die im Rahmen des Projekts „Olten nachhaltig“ erstellte Übersicht erleichtert werden. Der Leitbilderbaum

und die darin erwähnten Unterlagen sind für alle Mitarbeitenden zugänglich auf dem gemeinsamen Laufwerk der Stadtverwaltung abgelegt.

4. Der Bericht Kultur in Olten wird nach wie vor unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Möglichkeiten durch die städtischen Kulturbetriebe und die zuständige Direktionsleitung umgesetzt. Stadtrat und Verwaltung sind zudem weiterhin auf das Engagement von privaten Kulturveranstaltern und -schaffenden angewiesen. Das Kulturförderungsreglement wurde im März dem Parlament zur Anpassung an die veränderten Bedingungen ab 1. August 2017 vorgelegt.
5. Das Fussgängerleitsystem (Stelen) wird durch die Baudirektion/Abteilung Tiefbau betreut. Die Informationsträger werden spätestens 2018 aktualisiert.
6. Das Thema Parkleitsystem wird im Rahmen der Behandlung eines von den Grünen Olten eingereichten Vorschlags („Volksmotion“) noch in diesem Jahr erneut im Gemeindeparlament thematisiert werden, nachdem eine erste Vorlage des Stadtrates vom Parlament im März 2012 zurückgewiesen worden war.

- - - - -

**Dr. Christine von Arx:** Das war vielleicht einmal etwas ungewöhnliche Fragestellung, auch nicht politisch ein aktuelles Thema. Mir ist einfach aufgefallen, dass man hier immer wieder Konzepte – ich nenne jetzt einmal alles Konzept, es ist nicht sehr einheitlich benannt – in Auftrag gibt, macht und Geld dafür ausgibt, und immer, wenn wieder ein grösseres Bauprojekt kommt, habe ich jeweils das Gefühl, man hat die alten Konzepte gar nicht angeschaut. Deshalb die Fragen, die ich jetzt hier gestellt habe. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass sich der Stadtrat vor ein paar Jahren auch einmal diesem Problem angenommen und geschaut hat, wie man dies organisatorisch etwas regeln kann, dass diese Konzepte in die tägliche Arbeit einfließen. Als ich dies angeschaut habe, ist mir einfach aufgefallen, dass man offensichtlich zwischen wichtigen und unwichtigen Konzepten unterscheidet. Das finde ich schon einmal sehr speziell. Man hat für all diese Konzepte Geld ausgegeben. Sie sind teilweise vom Parlament verlangt worden und mussten deshalb auch durchgeführt werden. Der sogenannte Leitbilderbaum war so für die Öffentlichkeit und für mich einmal nicht auffindbar. Aber jetzt ist er ja vorhanden. Wenn man ihn anschaut, ist dies zwar wunderschön, welcher Direktion was auf welcher Stufe angegliedert ist. Aber es ist immer noch unklar, wer genau die Verantwortung trägt, weil die Verantwortung eine Person trägt, die sich dann auch in einen Prozess einbringen muss. So, wie dies jetzt heute aufgegleist ist, ist es eigentlich vorprogrammiert, dass man die Verantwortung, wie man damit umgeht, einfach herumschieben kann, und wenn man dann nicht versucht, diese Konzepte umzusetzen, sind wieder alle schuldig oder niemand ist schuldig. Man sieht dieses Problem zum Beispiel bei Parkleitsystemen, wo ja schon ewig nichts passiert, oder auch früher, als man das Kulturförderungskonzept hatte, das in der ersten Runde Schiffbruch erlitten hat. Dann ist es schlicht und einfach nicht mehr gekommen. Ich bin der Meinung, dass dies so eigentlich nicht geht. Ich fordere den Stadtrat auf, dass er die gute Idee, die er hier am Anfang hatte, dass man dies mit diesen Konzepten organisatorisch auf die Reihe bekommen muss, halt noch einmal genauer anschaut und die Verantwortung noch einmal klarer zuordnet. Natürlich ist der Stadtrat oder der einzelne Stadtrat in seiner Direktion am Schluss dafür verantwortlich, was umgesetzt wird. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn man aber quasi für jedes Konzept einen Mitarbeiter bestimmen würde, der in der täglichen Arbeit und beim politischen Prozess schaut, dass das Konzept, das dort betroffen sein könnte, auch mitberücksichtigt wird und einfließt. Das bedeutet nicht, dass man neue Stellen schaffen muss, sondern das bedeutet einfach, dass man das Aufgabengebiet einzelner

Personen leicht erweitern muss. Es handelt sich hier nicht um eine wahnsinnig intensive Arbeit. Kurz gesagt denke ich, dass der Stadtrat bei der Umsetzung der Konzepte auf strategischer Ebene noch Nachholbedarf hat. Ich hoffe, er sieht dies, und ich hoffe, er macht etwas dagegen. Insofern muss ich sagen, dass die Fragen anständig beantwortet sind. Man hat sich Mühe gegeben, diese zu beantworten. Inhaltlich bin ich nicht zufrieden, weil die Arbeit so nicht fertig ist.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Natürlich haben wir uns schon auch Mühe gegeben. Danke vielmals, Christine, für die Fragestellungen. Es ist auch wichtig, dass man diese Leitbilder – manchmal sind es eben nicht Leitbilder, sondern es sind auch Leidbilder – die einen im Leid auf gewissen Prozessen, die man eigentlich eingetut und dann das Ziel nicht erreichen kann, begleiten. Aber wichtig ist, und das hat Christine auf den Punkt gebracht: Wenn man Leitbilder macht, muss die Zuständigkeit definiert sein. Es müssen Abteilungen und auch Personen definiert sein. Das wechselt zwischendurch. Das haben wir in den vergangenen vier Jahren auch erlebt, dass gewisse Zuständigkeiten auch gewechselt haben. Ganz aktuell geht es ja um die Ortsplanung der Stadt Olten. Wenn man eine Ortsplanung macht und in diesem Sinne auch die Sanierungen macht, braucht es auch ein Leitbild. Dieses Leitbild ist vor zehn Jahren erstellt worden, wie man in dieser Stadt die Zonierungen machen, wie man in dieser Stadt leben will. Deshalb sind Leitbilder manchmal überhaupt auch wichtig, um das Eine zu betreuen, also der Kümmerer oder die Kümmererin von Leitbildern, damit die Zuständigkeit vorhanden ist, aber dass man Leitbilder in diesem Sinne auch überarbeitet. Sonst verleiden sie einem dann schlussendlich und sind nicht mehr aktuell. Du hast uns die Chance gegeben, dies aufzuzeigen, auch im Parlament, wie viele Leitbilder wir eigentlich haben. Es sind recht viele. Es sind auch sinnvolle dabei. Aber es sollen nicht Papiertiger sein und verschwinden. Von daher hast Du uns aufgefordert, dies auch zu bewirtschaften. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

**Felix Wettstein. Fraktion Grüne:** Bevor ich zur Interpellation etwas sage, möchte ich ein Missverständnis oder ein mögliches Missverständnis klären. Wir haben überall auf den Tischen diese Ohrenschütze. Es ist widerlegt, dass sie hier liegen, weil ich, wenn ich das Wort ergreife, jeweils zu nahe am Mikrofon sei. Sonst hätte es bei mir selber keine haben dürfen. Aber jetzt zur Interpellation: Das ist ein interessanter Vorstoss von Dir, Christine. Interessant in verschiedener Hinsicht. Eigentlich sind es ja neun Interpellationen in einer. Wenn man die Fragen 1 bis 3 für jedes dieser erwähnten Konzepte seriös beantworten möchte, vor allem Frage 3, bräuhete es wahrscheinlich ein etwa 20 bis 30-seitiges Papier mit acht oder neun verschiedenen Autoren und Autorinnen. Das ist nicht unbedingt eine Mission impossible. Aber es wäre ein rechter Kraftakt. Die andere Möglichkeit ist, dass man kurzen Prozess macht und die Interpellation ziemlich trocken abhandelt. Der Stadtrat hat sich für die zweite Variante entschieden. Wir Grüne sind dankbar für diesen mächtigen Leitbilderbaum im Anhang mit ganz vielen schattenspendenden Ästen. Er zeigt zum Beispiel, dass es für die Präsidiumsdirektion etwa geschätzte drei Konzepte pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter gibt. Er zeigt auch, was wir sonst noch gar nirgends wissen können, dass es Konzepte im Entwurfsstadium gibt, also quasi eine rollende Leitbildplanung des Stadtrats. Reizvoll ist es zu schauen, wo etwas fehlt. Wenn man im Organigramm, also in diesem Leitbildbaum, unter Kinderkrippen und Horten schaut, hat man dort eine Lücke. Reizvoll ist natürlich auch zu vergleichen, welche Konzepte Christine von Arx in ihrer Aufzählung nicht ausdrücklich nennt, möglicherweise, weil die entsprechenden Dokumente so weit unten versteckt sind, dass es auch der gewissenhaftesten Parlamentarierin entgeht, dass es dies auch noch gibt. Ich bringe nur drei Beispiele dazu. Das Naturkonzept von 2008, das Leitbild Stadtentwicklung von 2012 und das Leitbild Gesundheit von 2015. Mit Frage 4 hätte es die Interpellantin dem Stadtrat ja vergleichsweise einfach gemacht. Der Bericht «Kultur in Olten» von 2004 ist zwar samt Anhängen immerhin 74 Seiten dick. Aber er hat eine sehr übersichtliche zweiseitige Tabelle als Massnahmenplan. 11 Strategien, davon 34 abgeleitete Massnahmen, je mit der Zuständigkeit und den Prioritäten 1, 2 oder 3. Christine, hier muss ich noch sagen: Nur eine dieser 34 Massnahmen ist 2005 aufgelaufen und zwar nicht, weil man sie grundsätzlich abgelehnt hat, sondern weil man sich noch zu wenig gut dokumentiert gefühlt hatte, um entscheiden zu können. Aber, und hier gebe ich Dir natürlich recht: Es ist in der Folge tatsächlich nichts daraus weitergegangen. Es war immerhin eine Priorität erster Reihe. Für

heute oder jetzt für die Antwort auf die Interpellation könnte man sich vorstellen, dass man hier bei dieser Tabelle schlicht eine weitere Spalte anfügt und hineinschreiben würde: Erledigt, in Erarbeitung oder unerledigt. Die Grüne Fraktion möchte einen Vorschlag machen, ausgehend von diesem Leitbilderbaum der Stadt. Man könnte in den künftigen Verwaltungsberichten zu jedem dieser Leitbilder und Konzepten, und zwar in der Direktion, zu der es gehört, einen Titel und ein paar Sätze zur Umsetzung oder Weiterentwicklung schreiben, eben genau durch diese Person. Das ist natürlich vorhin zu Recht gesagt worden. Es müsste eindeutig sein, dass eine Person die koordinativen Arbeiten macht. Sie hätte die Aufgabe, dies im Verwaltungsbericht auch auszuweisen. Wenn einmal ein Jahr lang nichts damit passiert ist, sind wir durchaus dafür, dass man auch dies hineinschreibt.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 74

## **Interpellation Luisa Jakob (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Arbeitsumstände Sexarbeiter\*innen/Beantwortung**

Am 23. März 2017 hat die SP Olten/Junge SP Region Olten zuhänden des Stadtrats folgende Interpellation eingereicht:

### **Arbeitsumstände Sexarbeiter\*innen**

#### **1. Hintergrund**

Am 30.01.2017 hat der Stadtrat von Olten in einem definitiven Beschluss das Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten um ein Verbot der Strassenprostitution von morgens 05.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr ergänzt. Mehrere Fachstellen haben diese Massnahme im Gespräch kritisiert. Insbesondere wurde die drohende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter\*innen betont.

In seiner Botschaft rechtfertigt der Stadtrat die Ergänzung von Art. 10 mit Bezug auf § 33 Abs. 2 des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes des Kantons Solothurn. Dies erlaubt es den Gemeinden die Wirtschaftsfreiheit der Sexarbeitenden einzuschränken, sofern die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gestört wird. Herausgehoben wird in der Botschaft des Stadtrats die öffentliche Sicherheit.

#### **2. Fragen an den Stadtrat**

1. Inwiefern glaubt der Stadtrat, dass ein solches zeitliches Verbot die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit stärkt?
2. Wie genau sieht der Stadtrat die Sicherheit im öffentlichen Raum an der Haslistrasse durch die Sexarbeiter\*innen bedroht?
3. Hat eine Auswertung der seit 2013 bestehenden provisorischen Regelung stattgefunden, welche die jetzige, definitive Regelung zu begründen vermag? Wie ist diese Auswertung erfolgt?
4. Wurden Fachstellen wie Lysistrada oder der Dachverband der Fachstellen für Sexarbeitende PROKORE in die Beratung über die Regelung der Sexarbeit und zur Diskussion der Situation in den letzten Jahren miteinbezogen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was war das Ergebnis?
5. Hat der Stadtrat über alternative Massnahmen diskutiert?
  - a. Wenn ja, über welche?
  - b. Warum hat man sich schliesslich für die jetzige Methode entschieden?
6. Wie begründet der Stadtrat die einseitige Sanktion der Sexarbeiter\*innen?
7. Hat der Stadtrat Hinweise, dass das Littering, der viele Strassenverkehr und das Wildparkieren von den Sexarbeiter\*innen begangen wird?

8. Gibt es Überlegungen dazu, wie die Polizei Personen die sich an der Haslistrasse aufhalten als arbeitende Sexarbeiter\*innen zu identifizieren gedenkt? Welche?
9. Wäre es möglich, dass die Stadt zukünftig den nichtdiskriminierenden Ausdruck der Sexarbeit bzw. der Sexarbeiter\*in verwendet?

- - - - -

**Stadträtin Iris Schelbert-Widmer** beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zu den Fragen der Interpellanten

1. *Inwiefern glaubt der Stadtrat, dass ein solches zeitliches Verbot die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit stärkt?*

Die Haslistrasse ist nicht nur Sitz von zahlreichen Unternehmen mit ihren Mitarbeitenden, sondern auch Durchgangsstrasse für Velo-/Mofafahrende und Zugang Naherholungsgebiet (Stauwehr, Aarebord, Aare).

Vor dem erwähnten Verbot konnte schon durch die damalige Stadtpolizei Olten beobachtet werden, wie Sexarbeitende bereits am frühen Nachmittag auf dem Strassenstrich standen und versuchten, Kunden anzuwerben. Besonders weibliche Angestellte der anwesenden Unternehmen fühlten sich wegen der Präsenz von Sexarbeitenden und Freiern zunehmend unwohl. Für Unternehmen war es ebenfalls unangenehm, Kundinnen, Kunden und Besuchern die Zustände an der Haslistrasse zu erklären. Zudem kam es zu Situationen, wo Familien mit dem Fahrrad an den leicht bekleideten Damen vorbeifuhren und anschliessend entsprechende Fragen der Kinder beantworten mussten (Warum hat die Frau so wenig an? Warum steht sie dort, wartet sie auf jemanden?).

Im Jahr 2011 wurden diesbezüglich seitens der städtischen Behörden diverse Strassenverkehrsmassnahmen zur Beruhigung der Situation beschlossen und umgesetzt. An den Wendekreiseln Ost und West wurden stationäre Schranken installiert. Diese Schranken sind während der Zeit von 20.00 Uhr bis 05.00 Uhr geschlossen und unterbrechen dadurch die „Endlosschleife“ des motorisierten Individualverkehrs der Freier und Gaffer. Zudem wurde die Tannwaldstrasse analog der Industriestrasse mit einem Nachtfahrverbot zwischen 20.00 Uhr bis 05.00 Uhr belegt.

Diese Massnahmen hatten am Anfang und für kurze Zeit die gewünschte Wirkung. Jedoch wurde die Wandlungs- respektive die Anpassungsfähigkeit des Milieus unterschätzt. Im Sommer 2012 wurde durch die damalige Stadtpolizei Olten beobachtet, dass sich das Milieu mit den neuen Gegebenheiten abgefunden hatte und die verkehrstechnischen Restriktionen durch längere Präsenzzeiten der Frauen auf dem Strich kompensiert wurden. Konkret hiess das, dass sich Sexarbeitende bereits ab 14.00 Uhr (bis zu 15 Personen) auf der Haslistrasse aufhielten.

Aufgrund dieser Vorfälle beschloss der Stadtrat am 11. März 2013 in Ergänzung von Art. 14 des damaligen Polizeireglements (Art. 10 des aktuellen Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten) ein Verbot der Sexarbeit auf der Strasse von morgens 5.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr im Bereich der Haslistrasse. Diese befristete Massnahme trat am 1. April 2013 in Kraft und dauerte bis zum 31. März 2014. Mit der zeitlichen Begrenzung der Massnahme auf ein Jahr wurde letztlich auch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit nachgelebt. Die Sexarbeit als gewerbliche Tätigkeit wurde nicht gänzlich oder unzumutbar eingeschränkt, sondern vielmehr auf die Nachzeiten verschoben,

wenn deren negative Auswirkungen auf andere Nutzer des öffentlichen Raums eher vernachlässigbar sind.

Nachdem die Polizei Kanton Solothurn bei Kontrollen im Industriegebiet vermehrt wieder festgestellt hat, dass sich die Sexarbeitenden wiederum vor 20.00 Uhr anbieten, ist die definitive Einführung des Verbots der Sexarbeit von morgens 05.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr durch den Stadtrat am 30. Januar 2017 beschlossen worden.

*2. Wie genau sieht der Stadtrat die Sicherheit im öffentlichen Raum an der Haslistrasse durch die Sexarbeiter\*innen bedroht?*

Diese Frage wurde teilweise bereits in Punkt 1 beantwortet.

Die Sexarbeitenden sind nicht zwingend das Problem selbst, sondern besonders deren Freier, Gaffer und Zuhälter. Passantinnen, welche lediglich durch die Haslistrasse gingen (Spaziergang, Arbeitsweg, etc.) wurden auf offener Strasse von Freiern belästigt. Obwohl die meisten Sexarbeitenden angeben, selbständig zu arbeiten, ist bekannt, dass sehr viele von ihnen einen «Beschützer» (oder eben Zuhälter) im Hintergrund haben. Zuhältereie nachzuweisen ist schwierig. Vergangene Kontrollen von «Beschützern» zeigten aber ein hohes Gewaltpotenzial und eine entsprechende Vergangenheit.

*3. Hat eine Auswertung der seit 2013 bestehenden provisorischen Regelung stattgefunden, welche die jetzige, definitive Regelung zu begründen vermag? Wie ist diese Auswertung erfolgt?*

Eine entsprechende Statistik existiert nicht. Szenekenner der Polizei bestätigen aber, dass sich die bisherige Regelung bewährt hat. Auch Angestellte, Kundinnen, Kunden und Besucher der ansässigen Unternehmen können dies bestätigen. Seit der Einführung im Jahre 2013 gab es tagsüber nur noch wenige Klagen bezüglich Littering und sexuellen Belästigungen.

*4. Wurden Fachstellen wie Lysistrada oder der Dachverband der Fachstellen für Sexarbeitende PROKORE in die Beratung über die Regelung der Sexarbeit und zur Diskussion der Situation in den letzten Jahren miteinbezogen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was war das Ergebnis?*

Die Stadträtin der Direktion Öffentliche Sicherheit ist seit Beginn der zunächst aufsuchenden Sozialarbeit im Jahre 1994, später des Vereins Lysistrada in direktem und regelmässigen Kontakt mit der verantwortlichen Sozialarbeiterin von Lysistrada. Diesem Informationsaustausch gehörte immer der verantwortliche Angehörige der Stadtpolizei, heute der Polizei Kanton Solothurn an. Den Kontakt zu Fachstellen wie PROKORE hat ausschliesslich Lysistrada.

Trotz des regelmässigen Kontaktes von Direktion, Lysistrada und Polizei sind die Interessen der Beteiligten natürlich verschieden. Lysistrada kümmert sich um die Sexarbeitenden in Gesundheitsfragen, Fragen zu Arbeitsbedingungen und Bewilligungen, sowie Gewaltprävention und Beratung bei Rechtsfragen. Die Stadt hat für die Sicherheit aller in diesem Areal (Anrainer, Gewerbebetriebe, Kundschaft, Passantinnen und Passanten, Sexarbeitende, usw.) zu sorgen. Es gilt in diesem Areal die verschiedensten Interessen aneinander vorbei zu bringen.

Das Ergebnis der regelmässigen Austauschsitungen ist eine geregelte Sexarbeit nebst einer erhöhten Sicherheit für die Sexarbeitenden, ein möglichst konfliktarmes Neben-, resp. Nacheinander zwischen ansässigem Gewerbe und der Sexarbeit.

*5. Hat der Stadtrat über alternative Massnahmen diskutiert?*

Nein. Die angestrebten Ziele konnten mit den ergriffenen Massnahmen erreicht werden. Verrichtungsboxen, wie sie in Zürich errichtet wurden, sind für Olten keine Alternative.

*6. Wie begründet der Stadtrat die einseitige Sanktion der Sexarbeiter\*innen?*

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Sexarbeitenden durch diese Massnahmen nicht sanktioniert werden. Die Sexarbeit als gewerbliche Tätigkeit wurde weder gänzlich noch unzumutbar eingeschränkt, sondern vielmehr auf die Nachtzeiten verschoben, wenn deren negative Auswirkungen auf andere Nutzende des öffentlichen Raums eher vernachlässigbar sind. Sexarbeitende ziehen entsprechende Personen nach sich (siehe auch Antwort 2). Fast täglich kontrolliert und sanktioniert die Polizei an erwähnter Örtlichkeit Personen, welche sich dann als Freier, Gaffer oder «Beschützer» herausstellen.

*7. Hat der Stadtrat Hinweise, dass das Littering, der viele Strassenverkehr und das Wildparkieren von den Sexarbeiter\*innen begangen wird?*

Littering ist besonders im Sommer ein Problem, wenn die Fahrzeuge der Kunden und die natürliche Umgebung (Bäume, Sträucher, etc.) als Arbeitsort genutzt werden. Dabei finden sich zahlreiche Kondome, Taschentücher, Feuchttücher und dergleichen, welche achtlos auf den Boden geworfen werden. Durch den Werkhof extra aufgestellte Mülleimer zeigen dabei wenig Wirkung.

Ebenfalls während der wärmeren Tage, wenn die Sexarbeitenden leichter bekleidet am Strassenrand stehen, kommt es in der Haslistrasse zu stauähnlichen Szenen durch motorisierte Freier und Gaffer, welche mehrfach ihre Runden drehen. Dabei werden auch entsprechende Verkehrsübertretungen (Parkieren auf Trottoir/im Halteverbot, Laufenlassen des Motors, Unnötiges Umherfahren, etc.) durch die Polizei sanktioniert.

Auch kann beobachtet werden, dass private Grundeigentümer ihre an die Haslistrasse angrenzenden Areale mit Zäunen, Sperren, Bewegungsmeldern, Licht, Kameras und dergleichen schützen.

*8. Gibt es Überlegungen dazu, wie die Polizei Personen, die sich an der Haslistrasse aufhalten, als arbeitende Sexarbeiter\*innen zu identifizieren gedenkt? Welche?*

Sexarbeitende, welche an der Haslistrasse zu arbeiten gedenken, müssen sich am Schalter der Polizei Kanton Solothurn, Posten Olten City, registrieren lassen. Zudem sind sie auf der Strasse meist einfach als solche zu erkennen. Auskunft über ihre Tätigkeit geben u.a. Ort und Zeit ihres Aufenthalts (der Strassenstrich an der Haslistrasse ist auch als solcher national bekannt), zudem Nationalität, Ausländerausweis (Eintrag «Masseuse»), Kleidung und Inhalt der Handtasche (Gleitmittel, Präservative, Taschentücher, Adressen von Nachtclubs, etc.) und das aktive Anwerben von Kundschaft. Anlässlich der Polizeikontrollen geben auch die meisten Frauen zu, als Sexarbeiterinnen tätig zu sein.

Die Polizei verfügt über spezialisierte und ausgebildete Fachverantwortliche mit Erfahrung.

*9. Wäre es möglich, dass die Stadt zukünftig den nichtdiskriminierenden Ausdruck der Sexarbeit bzw. der Sexarbeiter\*in verwendet?*

Ja. Der Gebrauch der Sexarbeit, Sexarbeiterin und Sexarbeiter werden in Olten seit vielen Jahren verwendet. Beim kantonalen Gesetz über Wirtschaft und Arbeit werden diese Ausdrücke ebenfalls verwendet.

**Luisa Jakob:** Ich möchte zuerst einmal herzlich für die ausführlichen Antworten danken, die mir sehr sorgfältig erscheinen. Zum Inhalt: Es ist klar, dass bezüglich der Industrie und Tätigkeiten, die dort vorgenommen werden, von verschiedenen Seiten eine Interessensabwägung vorgenommen werden muss, und es ist auch klar, dass nicht alle Tätigkeiten verschiedener Leute bei anderen Parteien gleichermaßen auf Gegenliebe stossen. Was mir aber störend scheint, ist bei dieser vorgenommenen Interessensabwägung, die als Kompromiss verkauft wird, ich nicht ganz sehe, wie weit man dort den Sexarbeitenden entgegen gekommen ist. Sie haben recht grosse Umsatzeinbussen zu verzeichnen, und der Kompromiss scheint mir doch sehr stark auf der Seite von allen anderen sich dort aufhaltenden Personen zu sein. Vielleicht einfach noch eine Bemerkung zu Punkt 8: Die Frage war ja, wie man erkennt, dass diese Personen arbeiten, nicht, wie man diese Personen grundsätzlich erkennt. Das wird mir aus der Antwort nicht ganz klar, und ich bin einfach etwas schockiert und hoffe, das führt nicht zu dem, wo es vielleicht führen könnte, dass Kondome ein Index dafür sind. Ich glaube, es ist im Interesse der gesamten Gesellschaft, dass in diesem Gewerbe Kondome verwendet werden. Wenn die Kontrollen natürlich klar darauf abpeilen und man Frauen daran erkennt, dass sie Kondome auf sich tragen und daran festmacht, dass die arbeiten, ist dies natürlich nicht unbedingt förderlich, dass sie diese weiterhin auf sich tragen. Allgemein finde ich, dass die festgemachten Kriterien die Gefahr von Diskriminierung mit sich bringen. Es geht nicht darum, dass ich der Polizei dort grundsätzlich misstrauere. Aber ich glaube, man muss dort einfach ein Auge draufhaben, und ich hoffe, dass sich die Stadt dafür einsetzt, dort auch immer wieder den Dialog zu suchen. Ich nehme es gleich vorweg. Dann muss ich mich am Schluss nicht noch einmal zur Antwort, ob ich zufrieden bin, äussern. Ich bin im Grossen und Ganzen zufrieden, weil ich es, wie gesagt, eine sehr sorgfältige Antwort finde. Ich hätte mir gewünscht, dass auf alle gestellten Fragen dann wirklich auch eine Antwort gegeben wird und nicht manchmal etwas ausweichend. Aber das ist eine kleine Kritik. Ich finde es sonst sehr gut beantwortet, abgesehen davon, dass ich inhaltlich nicht übereinstimme. Aber das hat nichts mit der Zufriedenheit zur Antwort zu tun.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Danke, Luisa, für die Rückmeldung. Bei Frage 8 ist es tatsächlich so, dass wir diese natürlich auch hauptsächlich von der Polizei Kanton Solothurn beantworten liessen. Das war aber immer schon etwas so, auch als wir es noch bei der Stadtpolizei hatten. Die Frauen wissen, dass sie vor 17 Uhr nicht arbeiten dürfen. In der Regel wird dies eingehalten, und in der Regel sieht man auch, wenn eine Frau zum Arbeiten angezogen ist. Das ist tatsächlich eine andere Bekleidung. Sie haben eine andere Berufskleidung, als wenn sie in der Freizeit sind. Dann muss man wirklich auch etwas der Polizei vertrauen, dass sie dies auch wissen. Sie kennen ihre «Pappenheimer» auch. Ich glaube, soweit geht dies gut. Vor allem haben wir, Polizei, Lysistrada und ich, ja immer noch unsere Austauschsitzen. Das ist jeweils sehr direkt. Lysistrada kommt dann jeweils schon. Du hast vorhin die Arbeitsbedingungen und den Frauen gehe es schlechter, sie hätten Umsatzeinbussen, erwähnt. Dort ist es einfach so. Ich will es nicht beschönigen. Das ist immer wechselnd. Es ist wetterabhängig usw. usw. Aber sie können auch gut etwas klagen. Das bestätigt tatsächlich auch Lysistrada. Ich bin sehr froh, dass Lysistrada regelmässig dort unten ist. Sie sagen, der Wechsel der Frauen sei extrem schnell und hoch. Es gibt nicht viele Frauen, die dort unten Stamarbeiterinnen sind. Es wechselt sehr schnell. Deshalb arbeiten sie auch mit Mediatorinnen, die verschiedene Sprachen sprechen. Wenn Ihr alle wirklich etwas machen wollt, damit es diesen Frauen etwas besser geht, nehmt doch bitte draussen nicht nur die Kugelschreiber von Lysistrada, sondern auch einen Einzahlungsschein und noch besser eine Beitrittserklärung. Das würde Lysistrada auch erlauben, vielleicht auch wieder mehr auf dem Strassenstrich zu sein. Merci vielmals.

**Doris Känzig:** Wir waren bei der SVP-Fraktion etwas befremdet über diese Interpellation. Aufgrund der Fragen haben wir uns gefragt: Hat man jetzt Bedauern mit diesen Frauen, und hat man Angst, sie werden ungerecht behandelt? Wir sind aber froh um die Haltung und die Antworten von Iris Schelbert. Wir anerkennen und danken, dass man tagsüber die Ordnung wiederhergestellt hat, dass die Kriminalität, welche die Zuhälter mit sich bringen, wenigstens

tagsüber verhindert werden kann, dass die Unternehmen, Mitarbeiter und Kunden, die ja schliesslich alle in Olten Steuern zahlen, wieder ohne Belästigungen ihren Verpflichtungen nachgehen können, dass die Endlosschleife von Gaffern und Freiern wenigstens nur noch in der Nacht unsere Luft verpesten. Wir hätten aber interessante Fragen, die sich aufdrängen, die etwas in eine andere Richtung als in dieser Interpellation gehen. Welche Gegenleistung bringen eigentlich die Sexarbeiterinnen und ihre Kunden der Stadt? Was zahlen sie an den Aufwand, welcher der Stadt und dem Kanton täglich für Polizeieinsätze, die Litteringbeseitigung und die Bearbeitung der Reklamationen entsteht? Was tragen sie dazu bei? Wo zahlen die Verursacher eigentlich ihre Steuern? Das wäre alles auch interessant. Müssen die Verursacher dort unten auch jedes Mal für 10 Franken eine Gewerbekarte lösen, wie wenn man sonst etwas in der Stadt erledigt? Ihr seht, wir haben auch viele Fragen. Nur gehen sie in eine andere Richtung. Nochmals besten Dank an die Behörden, die tagsüber die Ordnung mittels Gesetz wiederhergestellt haben.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Der offene Strassenstrich in der Oltner Industrie ist kleiner geworden. Dies aufgrund der Massnahmen, die vor ein paar Jahren getroffen wurden. Scheinbar besteht auch von Seiten der Freier weniger Nachfrage nach einem offenen Strassenstrich. In diesem Gebiet muss der Stadtrat zwischen den Interessen der Sexarbeitenden, die ihrem Geschäft nachgehen müssen oder möchten und dabei Schutz vor gewalttätigen Freiern und Zuhältern brauchen, abwägen. Zu berücksichtigen gibt es aber auch die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden, die vor Ort arbeiten und auf dem Heimweg auch nicht von Freiern und Zuhältern belästigt werden möchten. Es gibt erwachsene und minderjährige Passanten und Passantinnen, die auf dem von Olten nach Winznau oder umgekehrt dieses Gebiet durchqueren und auch nicht belästigt werden möchten. Wir haben das Gefühl, dass sich die vom Stadtrat umgesetzten Massnahmen bewährt haben, und es ist in diesem vielfältig genutzten Gebiet mit hohem Konfliktpotenzial Ruhe eingekehrt. Für uns ist ganz wichtig, dass nicht nur die Polizei präsent ist, sondern auch Lysistrada. Dieser Verein betreibt aufsuchende Sozialarbeit, etwas, das in Olten vermehrt gemacht werden sollte. Lysistrada informiert und berät Sexarbeitende bezüglich gesundheitlicher, rechtlicher und sozialer Themen. Ihr Ziel ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden zu verbessern. Auch wenn Lysistrada nicht dauernd vor Ort ist, ist es für die Betroffenen wichtig zu wissen, dass sie eine niederschwellige Anlaufstelle haben. In diesem Sinne danke ich für die Antworten. Ich hoffe, dass auch mit dem Personalwechsel in der zuständigen Direktion weiterhin darauf geachtet wird, dass bei allen Regelungen und Massnahmen die Menschenwürde von Sexarbeitenden gewährleistet wird.

**Luisa Jakob:** Ich bin erstaunt, dass sich die SVP gegen die Gewerbefreiheit äussert. Das ist ja sonst eher so ihr Anliegen. Es ist klar, dass die Polizei gegen die Kriminalität vorgehen und dies dort durchsetzen muss. Was mich an diesen einseitigen Massnahmen stört, ist, dass sie gegen die Leute gerichtet sind, die nicht kriminell sind. Es ist gegen die Leute gerichtet, die dort arbeiten, oder jedenfalls ein Teil derer, die dort arbeiten – gegen diejenigen der anderen Industrie ist es ja nicht gerichtet – und in diesem Sinne nicht gegen Kriminelle. Deshalb finde ich die Ordnung wiederherstellen kann man schon so sagen, wenn man Sachen wie City-Cleaning etwas Tolles findet. Ich finde, es ist einfach wichtig, dass diese Stadt für alle offen ist und zu einer offenen Gesellschaft gehört. Anscheinend ein Bedürfnis, dieses Bedürfnis dazu. Dann muss man dementsprechend auch fair mit allen umgehen. Deshalb finde ich, dass es zukünftig vielleicht auch eine Möglichkeit gibt, etwas andere Massnahmen zu prüfen, als auf dem Buckel der sowieso sozial schon Marginalisierten.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 75

## Postulat Fraktion Grüne betr. fussgängerfreundliche Kreuzung Gäustrasse/Rötzmattweg/Beantwortung

Am 26. Januar 2017 hat die Fraktion Grüne ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten eine fussgängerfreundlichere Kreuzung Gäustrasse/Rötzmattweg zu prüfen. Namentlich sollen folgende 3 Vorschläge geprüft werden:

- 1) Durchgängige Grünphase über beide Fussgängerstreifen
- 2) Verzicht auf Rechtsabbieger während der Grünphase für Fussgänger
- 3) Vergrösserung der Wartefläche zwischen den beiden Fussgängerstreifen.

Begründung:

Unabhängig vom Ausgang der Diskussion zu einem einspurigen Rötzmatttunnel bleibt die Kreuzung über die ERO das eigentliche Hindernis für Fussgängerinnen von und nach Olten Südwest, vor allem mit Kinderwagen. Wie der Stadtrat in der Vorlage zur Stadtteilverbindung sehr detailliert aufgezeichnet hat, braucht es ein Fussgängernetz mit einer Maschengrösse von ca. 100 m. Deshalb sollte auch die Verbindung über die Kreuzung Gäustrasse/Rötzmattweg und durch den Rötzmatttunnel möglichst verbessert werden.

Durch die erste Massnahme wird die Überquerung im Allgemeinen vereinfacht und „wildes“ Überqueren wie es durch den Schneefall gut sichtbar wurde, kann vermieden werden. Die zweite Massnahme ist insbesondere für Familien mit Kleinkindern oder Kinderwagen wichtig. Diese können durch Rechtsabbieger leicht übersehen werden. Die dritte Massnahme vergrössert die Wartefläche, sofern die durchgängige Grünphase verpasst wurde.

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

### Frage 1: Durchgängige Grünphase über beide Fussgängerstreifen

Die Grünphase über die Gäustrasse beträgt 15 Sekunden und ist damit auf eine direkte Querung der ganzen Strassenbreite in einer Phase ausgelegt. «Normale» Passanten sind insofern nicht auf die Schutzinsel angewiesen. Die Schutzinsel zwischen den beiden Fahrrichtungen ist dennoch nötig und sinnvoll, weil die Fahrbahn mit total vier Fahrspuren eine grosse Breite aufweist (SN 640 241). Für Gehbehinderte und langsame Passanten, wie Familien mit Kleinkindern oder Kinderwagen, bietet sie Schutz und Komfort zur möglichen Querung in zwei Phasen.

### Frage 2: Verzicht auf Rechtsabbieger während der Grünphase für Fussgänger

Der Fussverkehr über die Gäustrasse wird auf Anmeldung freigeschaltet. Abhängig vom Zeitpunkt der Anmeldung innerhalb der Phasenabläufe wird fallweise der aus der Rötzmattunterführung links abbiegende oder der aus dem Rötzmattweg rechts in Richtung Hausmatttunnel abbiegende Verkehr im Konflikt mit dem Fussverkehr geführt. Dieses sogenannte «bedingte Grün» ist eine gängige Methode zur Erhöhung respektive Gewährleistung der Leistungsfähigkeit von Lichtsignal-gesteuerten Knoten. Die Sichtverhältnisse am Knoten Rötzmatt sind in beiden Fällen gut. Seit dem 1.1.2013, d.h. seit Inbetriebnahme der ERO, wurden am Knoten und an den Knotenästen insgesamt sieben Verkehrsunfälle registriert, davon fünf mit reinem Sachschaden, zwei mit Leichtverletzten. Es ist kein Fussgängerunfall aufgetreten.

Der Knoten Rötzmatt weist bereits heute während der Morgen- und Abend-Spitzenstunden eine Auslastung von knapp 100% auf. Ein Verzicht auf das bedingte Grün würde eine separate, gut 20 Sekunden dauernde Phase bedeuten (15 Sek. Grün plus Schutzzeit). Die Leistungsfähigkeit des Knotens würde sinken, es käme zu vermehrten Rückstaus während der Hauptverkehrszeiten.

### Frage 3: Vergrösserung der Wartefläche zwischen den beiden Fussgängerstreifen

Die leicht eiförmige Mittelinsel ist 2.00 – 2.20 m breit. Dies entspricht der VSS-Norm SN 640 075, wonach die Inselbreite *nach Möglichkeit* 2.00 m betragen soll, damit ein ausreichender Warteraum für Personen mit Kinderwagen, Fahrhilfen, Gehhilfen oder Blindenführhund gewährleistet ist. Es besteht darum kein Handlungsbedarf. Eine Verbreiterung der Schutzinsel würde eine Aufweitung des südlichen Strassenrandes mit Landerwerb und baulichen Anpassungen auf Kosten der Stadt bedingen.



### Schlussfolgerungen

Für die vorgeschlagenen Sofortmassnahmen besteht kein Anlass oder Bedarf. Echte Verbesserungen der Knotenleistung und/oder der Situation für den Langsamverkehr würden grössere bauliche Eingriffe voraussetzen, beispielsweise durch Ausbau der Rötzmattunterführung zugunsten einer zusätzlichen Fahrspur und beidseitiger Führung des Fuss- und Veloverkehrs, mit Kosten in zweistelliger Millionenhöhe. Aus Kosten-/ Nutzensicht ist die Stadtteilverbindung Hammer absolut vorrangig.

Die Erschliessung des Entwicklungsgebietes ist auch Gegenstand der laufenden Masterplanung Olten SüdWest. Dabei werden auch die Anbindung an den Rötzmattweg und der Anschluss am Knoten Rötzmatt untersucht.

Gestützt auf die Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht zu überweisen.

- - - - -

**Raphael Schär:** Das Postulat führt die Diskussion weiter, die wir im Januar mit dem Rötzmatttunnel bereits angefangen haben. Allein mit den Anpassungen im Tunnel ist die Verbindung nach Olten SüdWest immer noch nicht durchgehend attraktiv und sicher. Ein grosses Hindernis, gerade für Familien mit Kinderwagen, ist die Überquerung der Gäustrasse und des Rötzmattwegs. Leider hat der Stadtrat den Vorschlag etwas falsch verstanden. Tatsächlich geht es um den Fussgängerstreifen über die Gäustrasse und dann

über den Rötzmattweg sowie die Wartefläche dazwischen. Die Wartezeit an der Ecke Rötzmattweg/Gäustrasse führt unter anderem zu einer Verdopplung der Zeit, um diese Kreuzung zu überqueren. Der aus unserer Sicht beste Vorschlag ist deshalb eine durchgehende Grünphase ohne Möglichkeit zum Rechtsabbiegen, damit beide Strassen auf einmal sicher überquert werden können. Das unterbricht den Verkehr auf der Gäustrasse zwar für ca. 30 bis 35 Sekunden. In dieser Zeit ist es aber weiterhin möglich, zum Beispiel von Wangen her, in den Rötzmatttunnel einzufahren. Da der Fussgängerstreifen immer nur auf Anmeldung freigeschaltet wird und die meisten Fussgängerinnen und Fussgänger eh nicht zu den Stosszeiten dort vorbeigehen, führt dieser Schritt auch nicht zu einer übermässigen Reduzierung der Strassenkapazität. Die Lösung kann nach der Eröffnung der Stadtteilverbindung noch einmal überprüft werden. Aber aktuell wissen wir, dass es diese Verbindung nicht gleich morgen gibt. Wir empfehlen deshalb weiterhin die Überweisung dieses Postulats, um die vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und deshalb eine sichere und attraktive Überquerung dieser Kreuzung zu ermöglichen. Wichtig finde ich noch zu betonen, dass die Anpassung der Grünphase ohne jegliche Baumassnahmen umsetzbar ist. Es ist also fast gratis. Merci.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Besten Dank, Raphael. Ich habe nicht alles verstanden, was Du mündlich erläutert hast. Aber das Anliegen ist natürlich schon auch schriftlich klar formuliert, dass man eigentlich schneller nach SüdWest kommt. Es ist wirklich lästig, wenn Du zuerst über die Entlastungsstrasse gehst und dann wieder anstehst. Das ist unbefriedigend, und dann musst Du warten, bis Du wieder überquerst. Wir haben in der Beantwortung des Postulats versucht, auch darzulegen, einerseits, dass tatsächlich eine attraktive Verbindung wichtig ist, dass man diese aber nicht primär einfach über die Fussgängerstreifen realisieren möchte. Uns im Stadtrat schwebt hier auch eine andere Lösung vor. Bei der sogenannten Vollsperrung – in Amerika, New York gibt es ja die Kreuzungen, wo man im Prinzip eine Totalsperre macht, und dann können die Fussgänger eigentlich querbeet über die Kreuzungen gehen – würde dies tatsächlich diesen Knoten auch belasten, insbesondere, wenn man dort eine unbedingte Grünphase des zweiten Fussgängerstreifens machen würde, wo wir dann auch realisiert haben, was Du gemeint hast, betrifft. Aus der Knotenbelastung heraus empfehlen wir, das Postulat nicht zu überweisen. Wenn wir weiterhin prüfen möchten, werden wir wieder genau an diesen Punkten wieder landen und sehr wahrscheinlich dann auch diese Engpässe feststellen. Uns würde eigentlich vorschweben, dass wir diesen Knoten schlussendlich in einer übergeordneten Verkehrsplanung und auch Verkehrsführung angehen möchten. Wir stellen fest, dass insbesondere auch mit der Entwicklung von Olten SüdWest, aber auch mit der Entwicklung des Bornfelds, Kleinholz, das sich dort vom Verkehr eventuell auch entsprechend entlädt, eine zusätzliche Belastung auf diese Kreuzung kommt. Raphael, das Anliegen wurde verstanden. Wir sehen im Moment den Prüfungsauftrag als nicht realisierbar oder weiterführend. Wir möchten es gerne in eine nächste Etappierung oder nächste Überprüfung hineinführen, wo wir diesen Knoten tatsächlich anschauen. Er ist im Moment wirklich sehr stark belastet, selbstverständlich nicht nur von Fussgängern, sondern auch von anderen Verkehrsteilnehmern. Deshalb empfiehlt der Stadtrat im jetzigen Moment, den Prüfungsauftrag nicht zu überweisen.

**Luc Nünlist, Fraktion SP/Junge SP:** Das Missverständnis über die Anzahl der Fussgängerstreifen, um welche es sich handelt, ist ja jetzt in verdankenswerter Weise aufgeklärt. Es geht um eine Fussgängerquerung, und dass der Stadtrat nachher den MIV anführt und die beiden einander gegenüberlegt und mit der PU Hammer ein Entweder/Oder vorschlägt, ein Standoff, ist eigentlich unverständlich und schade. Wir haben Handlungsbedarf an einem neuralgischen Punkt. Die Situation vor Ort ist für Fussgänger auf Dauer inakzeptabel. Zum Queren geht es einfach schlicht zu lange. Bei schlechten Wetterverhältnissen ist es eine unzumutbare Situation. Wir können nicht Jahrzehnte warten, bis die PU Hammer gebaut ist. Hier sind wir uns noch nicht einig, ob wir sie machen. Handlungsbedarf besteht aber jetzt, und weiter hinausschieben kostet Geld. Das ist bei der PU Hammer, und das ist vor Ort dort so. Das Verkehrskonzept des Stadtrates und das heute ebenfalls noch besprochene Naturkonzept sind eigentlich ganz klar. Sie legen Verbesserungen für die Langsamverkehrswege als Massnahme unbedingt nahe. Der MIV ist

eigentlich in seinem eigenen Interesse zu plafonieren. Das ist nicht von mir. Es ist aus dem Verkehrskonzept. Diesen Grundsatz dürfen wir in der Beantwortung eigentlich nicht vergessen. Wir müssen unbedingt eine Verbesserung erwirken. Wenn wir von der zuziehenden Bevölkerung erwarten, dass sie sich allen Ernstes an dieses Verkehrskonzept hält. Wenn der MIV eine Knotenkapazität durch allfällige Verbesserungen halt beeinträchtigt werden, dann eigentlich langfristig zu ihrem eigenen Schutz. Wenn wir den Verkehr langfristig schützen wollen, sind paradoxerweise die Benützer der ERO und des Sälikreisels auf einen aktiven Langsamverkehr angewiesen. Lapidar und etwas konzilient ausgedrückt: Nur, wenn wir eine hohe oder genug hohe Velofahrer- und Fussgängerquote in Olten SüdWest haben, haben wir überhaupt eine Chance auf einen weiterhin zirkulierenden MIV. Der Stadtrat muss also jetzt zu seinen eigenen Konzepten stehen und Rücksicht auf die Fussgänger nehmen. Ein erster Schritt wäre eigentlich die Überweisung des vorliegenden Postulats. Für die Fraktion SP/Junge SP ist dies nicht zur Diskussion gestanden, und es ist auch zu erwarten, dass die Grünen für die Überweisung stimmen werden. Dass uns der rot-grüne Stadtrat aber das Gegenteil vorschlägt, hat zumindest für das eine oder andere ungläubige Auge gesorgt. Besten Dank.

**Ernst Eggmann, SVP-Fraktion:** Das vorliegende Postulat zielt darauf ab, die Situation für die Fussgänger an diesem neuralgischen Punkt zu verbessern. Wir wissen, dass eine PU Hammer in den paar Jahren vermutlich nicht wird realisiert werden können. Aber die Situation für die Fussgänger ist dort trotzdem einfach nicht aus den Augen zu verlieren. Schliesslich legt die Mehrheit des Parlaments ja auch Wert darauf, tagsüber leere Busse weiterhin verkehren zu lassen. Deshalb ist es nichts als recht, wenn man sich mit dem Prüfungsauftrag und der Verbesserung dieser Situation auseinandersetzt. Es reiht sich übrigens nahtlos in das von mir eingebrachte und überwiesene Postulat ein. Ob die angedachte Verbreiterung der Fussgängerinsel wirklich das Richtige ist, können wir jetzt noch nicht abschätzen. Aber ich glaube, das war auch gar nicht so gemeint. Es ging mehr um die Poller, wo nachher keine Kindewagen mehr durchkämen. Aber eben: Das sollte der Stadtrat prüfen und seriös abklären. Was begrüssenswert und machbar wäre, ist aber eine Verlegung des Fussgängerübergangs für die Bewohner von Olten SüdWest, die dann nur noch über eine Strasse führt, nämlich über die ERO. Diese Insel ist sogar schon vorbereitet. Was etwas aufstösst, ist, dass immer wieder auf ein längst gestorbenes Projekt hingewiesen wird, wo immense Kosten veranschlagt wurden. Das ist nicht nur inkorrekt, weil die Vorschläge und Postulate gar nicht in diese Richtung gegangen sind. Das kommt in keiner Art und Weise dem nahe. Solche Hinweise sind in gewisser Hinsicht auch unfair. Der Auftrag lautet klar auf eine kostengünstige Variante und nicht darauf, ein 15-Millionen-Projekt wieder auferstehen zu lassen. Die Folge ist, dass gerade dieser Hinweis die Mehrheit der SVP-Fraktion veranlasst hat, das Postulat nicht zu überweisen, abzulehnen. Höchst bemerkenswert ist auch die Aussage des Stadtrates: «Für die vorgeschlagene Sofortmassnahme besteht kein Anlass oder Bedarf». Was folgern wir daraus? Dass für eine sofortige PU Hammer ebenfalls kein Anlass und Bedarf besteht, denn es sind ja doch die gleichen Fussgänger. Der andere Teil der SVP-Fraktion, ich, findet das Postulat folgerichtig. Deshalb sollte sich der Stadtrat einfach mit diesem Prüfungsauftrag befassen. Aber wie gesagt: Die Mehrheit der SVP lehnt es aber. Ich bin aber hundertprozentig für überweisen.

**Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP:** Auch unsere Fraktion hat sich mit dem vorliegenden Postulat auseinandergesetzt und die Vor- und Nachteile der geforderten Massnahmen für mehr Fussgängerfreundlichkeit an dieser Kreuzung diskutiert. Das Postulat, über das wir heute reden, ist ja nicht die erste politische Bemühung, an diesem Knoten etwas für die Fussgänger zu tun. Ernst Eggmann hat ja in dieser Sache auch schon etwas unternommen. Das Anliegen ist damit eigentlich begründet, und es ist legitim. Aber letztlich sind wir in unserer Fraktion trotzdem zum Schluss gekommen, und so hatten wir es ja auch beim Postulat Ernst Eggmann, dass die Leistungsfähigkeit des Knotens beibehalten werden muss und deshalb jetzt hier nichts Weiteres gemacht werden kann, was diese Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Deshalb schliessen wir uns den Schlussfolgerungen des Stadtrats an und werden das Postulat ebenfalls nicht überweisen.

**Michael Neuenschwander:** Olten SüdWest ist verkehrsmässig für den Langsamverkehr tatsächlich einfach schlecht angebunden. Wir haben vor nicht langer Zeit über das Postulat von Ernst Eggmann gesprochen. Wir müssen dort einfach etwas machen. Deshalb möchte ich schon beliebt machen, dass man jetzt dieses Postulat als Postulat überweist, ob dies jetzt eins zu eins um die Grünphase geht, die nur eine sein soll, über zwei Fussgängerstreifen, und das ist vielleicht auch nicht der Weisheit letzter Schluss, spielt doch gar nicht so eine Rolle. Hauptsache, man sucht jetzt weiterhin Lösungen und solche, die man hier auch bald einmal diskutieren kann, wo man auch eine Kostenfolge daraus sieht. Ich war kürzlich wieder einmal beim Rötzmatttunnel und habe dort auf der Velostreifenseite noch etwas herumgemessen, wobei es mir eigentlich um einen anderen Ort ging, ich wollte vergleichen. Dann habe ich gesehen, dass der Velostreifen, der hinaufgeht, ja relativ breit sein muss. Jetzt weiss ich die genaue Zentimeterzahl nicht. Aber er ist breiter als andere. Er muss, wie es in Unterführungen so ist, wo man auf der Seite gleich eine Mauer hat, etwas breiter sein, weil man ja mit dem Velo nicht ausweichen kann. Wenn man jetzt einmal seriös zusammenrechnen würde, was man dort auf der Seite braucht und man würde das Trottoir und den Velostreifen auf dieser Seite zusammenführen und man würde die Fahrbahnen für Autos und Lastwagen, die ja dort schlussendlich auch durchfahren können müssen, auf das Minimum planen. Das wäre jetzt ein Ansatz, den ich hier gerne einmal sehen würde. Was würde dies kosten, wenn man das Trottoir auf die Seite, wo jetzt der Velostreifen ist, verlegen würde, also von der Rötzmatt hinauf? Nachher kann man in einer Grünphase eben als Fussgänger nach Olten SüdWest gehen. Es würde einfach am meisten Sinn machen, rein vom Durchgehen. Velos, die hinunterfahren, das wissen wir, das ist dort auch jetzt so, brauchen dann nicht unbedingt auch einen Velostreifen. Einmal abgesehen davon, gibt es immer auch noch die Möglichkeiten, dass man den Mittelstreifen dann für die Autos sowieso weglässt. Diesen braucht es ja dann eigentlich gar nicht, sondern man hat einfach einmal Fussgänger und Veloverkehr im Hinaufgehen bzw. auf hinunter für die Fussgänger zusammengeführt. Eine solche Lösung, irgendetwas ein wenig Kreatives würde ich hier gerne einmal diskutieren und die Kostenfolge davon sehen. Deshalb möchte ich beliebt machen: Überweisen wir doch dieses Postulat! Wir können nur gewinnen.

**Christian Ginsig:** Ich fahre öfters einmal nach Olten SüdWest. Ich habe eine kleine Tochter. Wir gehen gerne dort einmal beim Bloomell vorbei. Ich fahre mit dem Velo. Ich fahre mit dem Anhänger. Grundsätzlich hatte ich bis jetzt noch kein Problem, wäre aber an diesem Punkt gerade froh. Eine kleine Bitte an den Stadtrat: Es hat dort sehr viele Steinbrocken. Seid doch so gut und räumt doch zwei oder drei dieser Blocks auf die Seite, damit man dort auch mit dem Velo mit einem Anhänger durchfahren kann! Merci.

**Philippe Ruf:** Ich gehe auf meiner Joggingroute auch jeden zweiten Morgen dort vorbei und hatte noch nie Probleme. Ich sehe auch die Problematik dieses Postulats nicht. Es gibt dort überhaupt kein Problem, diese Strassen auch zu überqueren. Besonders als Jogger ist man eigentlich froh, wenn man gleich durchziehen kann und nicht warten muss. Auf was ich hinaus möchte, ist effektiv, dass ich hier auch für mich überhaupt keinen Handlungsbedarf sehe, obwohl ich auch froh bin, wenn ich dort schnell drüber komme. Ich komme immer schnell drüber. Hier finde ich einfach, wir versuchen, etwas zu basteln. Wir haben gestern einen Bus genehmigt, der jetzt dort einfach den ganzen Tag hinten durchfährt, obwohl es niemand will, niemand braucht, und jetzt zahlen wir einfach dafür, dass der Bus dort jeden Tag die ganze Zeit Runden dreht. Das wird einfach nichts. Wir werden das Postulat auch zurückweisen, weil wir finden, das ist auch wieder ein Teil, wieder etwas herumgespielt, wo einfach kein Konzept dahinter ist. Hört auf damit!

**Raphael Schär:** Vielleicht müsstest Du einmal mit einem Kinderwagen joggen gehen. Das wäre noch interessant. Dann brauchst Du vielleicht etwas länger. Das Andere ist, dass es ja ein Konzept. Das wäre die PU Hammer, die wir ja hier schon diskutiert haben. Aber das möchte eine Protzmehrheit nicht. Deshalb ist dies wenigstens eine Option, die preisgünstig zu haben ist. Zusammen mit dem Postulat, das wir im Januar überwiesen haben, ist dies einfach der ganze Planungssperimeter. Dann kann man dort etwas Gescheites machen, bis das Andere soweit ist.

**Muriel Jeisy:** Ich finde es jetzt schon etwas despektierlich von Philippe zu sagen, wir hätten hier einen Bus genehmigt, den niemand wolle. Immerhin war gestern hier eine Mehrheit dafür. Deshalb wollte ich jetzt hier gleichwohl auch noch eine Bemerkung dazu machen. Hier ist es halt schon ein wenig etwas Anderes. Das Anliegen finde ich auch gut. Die Problematik ist einfach, dass wir hier von der ERO reden, von dort, wo wir eigentlich die Autos durchlenken wollen und dass sie auch fahren können. Deshalb ist es dort etwas schwieriger, gerade dort die Fussgänger zu priorisieren, als an anderen Orten der Stadt. Sonst haben wir dann wieder mehr Autos, die durch die Stadt und die Quartiere fahren, dort, wo wir sie eben auch nicht wollen. Deshalb bin ich diesem Postulat gegenüber auch eher negativ eingestellt.

## **Beschluss**

Mit 22 : 21 wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 76

## **Interpellation Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Naturkonzept Olten/Beantwortung**

Am 23. März 2017 hat die Grüne Fraktion eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Die Stadt Olten hat ein fundiertes, fachliches hervorragendes Naturkonzept. Der Stadtrat hat alle Teile – ausser die einzelnen Massnahmen – dieses Naturkonzepts mit Beschluss vom 17. November 2008 genehmigt.

Das Naturkonzept gilt für das gesamte Gemeindegebiet mit Siedlungen, Offenland und Wald.

Die Ziele des Naturkonzepts sind:

1. Biodiversität: Förderung der Biodiversität
2. Vernetzung: Vernetzung von Lebensräumen
3. Stadtklima: Verbesserung des Stadtklimas und Erhöhung der Attraktivität von Fussgängern und Veloverbindungen
4. Umgebungsgestaltung: Förderung einer naturnahen Gestaltung und der Neuschaffung von Lebensräumen im öffentlichen und im privaten Bereich.
5. Bildung: Ermöglichen von Naturerlebnissen und Vermitteln von Informationen, welche das Verständnis für die Natur und einer naturnahen Gestaltung vermehren.
6. Nachhaltigkeit: Schonender Umgang mit Ressourcen

### Fragen

Diese Ziele sind nach wie vor hochaktuell und können u.a. in der gegenwärtigen intensiven Bauphase in der Stadt umgesetzt werden.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung des Naturkonzepts?
2. Welche Strategien und Massnahmen wurden bis heute umgesetzt – was ist in den nächsten Jahren vorgesehen?
3. Wer ist in der Verwaltung dafür zuständig?»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

## 1. Grundsätzliches

Die Aufhebung der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität bedeutet unbestrittener Weise einen teilweisen Verzicht auf bisherige Leistungen der Stadt Olten. Ein solcher Verzicht wurde und wird bewusst in Kauf genommen. Wie schon in der Beantwortung einer früheren Interpellation erneut zu erwähnen ist jedoch ferner, dass sämtliche gesetzliche Sachverhalte mit Umweltrelevanz, welche in der Kompetenz der kommunalen Baubehörde (Baudirektion und Baukommission) resp. Planungsbehörde (Stadtrat) liegen, durch das Amt für Umwelt (AfU) des Kantons Solothurn vollumfänglich abgedeckt werden können. Die Baubehörde der Stadt Olten hat einen guten Zugang zu allen Fachbereichen des AfU. Das Amt stellt die entsprechenden Informationen und Entscheidungshilfen zur Verfügung und unterstützt die Baubehörde resp. Planungsbehörde der Stadt Olten jederzeit beim Vollzug.

Das Naturkonzept wird zudem bei laufenden Arbeiten von den betroffenen Amtsstellen regelmässig konsultiert und wo möglich werden die darin vorgesehenen Massnahmen umgesetzt.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

### 1. *Wie ist der Stand der Umsetzung des Naturkonzepts?*

Ein Teil der im Naturkonzept Olten formulierten Massnahmen zur Erhaltung, Gestaltung, Aufwertung und Vernetzung von naturnahen Strukturen wurden durch die ehemaligen Mitarbeitenden der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität umgesetzt. Leider haben die ehemaligen Verantwortlichen der Umweltfachstelle die umgesetzten Massnahmen nicht vollumfänglich schriftlich aufgelistet. Mangels personeller Ressourcen in der heutigen Stadtverwaltung und aus verfahrensökonomischen Gründen wird auf die Nachforschungsarbeiten, welche Massnahmen bereits umgesetzt sind, bewusst verzichtet.

### 2. *Welche Strategien und Massnahmen wurden bis heute umgesetzt – was ist in den nächsten Jahren vorgesehen?*

Der erste Teil der Frage wurde in Frage 1 beantwortet. Für die nächsten Jahre ist keine verbindliche Massnahmenplanung, die über die unter «Grundsätzliches» erwähnte Anwendung hinausgeht, vorgesehen und es sind auch keine entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen eingeplant.

Hingegen kann erwähnt werden, dass beispielsweise im westlichen Teil von Olten Süd West (Bild) eine wie im Naturkonzept geforderte naturnahe Gestaltung des Lebensraums geschaffen wurde (Stiftung Naturpark OSW).



Auch werden im ganzen Stadtgebiet bei Anpflanzungen im Strassenbereich und Freiflächen durch den Werkhof mehr und mehr „Magerwiesenblumen“ (Bild) eingesetzt.



Dem schonenden Umgang mit Ressourcen wird angesichts der erfolgreichen Rezertifizierung Energiestadt Olten auch in den kommenden Jahren grosse Bedeutung zugemessen. Bei der Siedlungsentwässerung werden beispielsweise in Fluss- und Bachnähe Ausstiegshilfe für Frösche, Lurche usw. verwendet (Schachtdeckel, Bild). Nicht unerwähnt seien auch die Führung des Taubenschlags im Dachstock des Hübelischulhauses und die regelmässige Pflege des Seidenhoflochweihers.



### 3. *Wer ist in der Verwaltung dafür zuständig?*

Für die Anwendung des Naturkonzepts bei laufenden Arbeiten sind die Leitungen der direkt betroffenen Amtsstellen (bspw. Tiefbau, Werkhof, Stadtplanung) zuständig.

- - - - -

**Beate Hasspacher:** Ich wollte mich nach dem Naturkonzept Olten erkundigen, wie der Stand der Umsetzung davon ist. Mit der Antwort, die wir erhalten haben, bin ich nicht zufrieden. Die Antwort ist sehr lustlos, kurz und dünn und wird in meinen Augen der Sache überhaupt nicht gerecht. Die Antwort bedeutet eigentlich, dass das Thema Natur und Landschaft, was für mich ein wichtiges und grundsätzliches Dauerthema ist, ist im Moment in Olten nicht präsent, es ist keine Kompetenz vorhanden, und niemand fühlt sich wirklich verantwortlich oder zuständig. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass ich mich wirklich nach dem Naturkonzept und nicht nach einer Umweltfachstelle erkundigt habe. Die Antwort ist auch dort irgendwie etwas unpräzise und nicht ganz treffend. Gut. Ich stelle dies so fest und denke, in diesem Themenbereich hat das neue Parlament dann durchaus zu tun und Handlungsspielräume.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Gestern hat das Parlament den Rechnungsabschluss des letzten Jahres genehmigt. Dort wurde gesagt: Ja, die ganze «Sparerei» im Legislaturrückblick hat eigentlich keinen Kollateralschaden erzeugt. Das würde ich sogar noch unterschreiben. Wenn es jetzt nicht so warm wäre, würde ich flapsig sagen: Ja, es haben auch heute noch viele glänzende Augen unter dem Weihnachtsbaum». Aber man muss sich bewusst sein, dass es, damit wir die Finanzen wieder konsolidieren konnten, natürlich schon Einschnitte gegeben hat. Ich erinnere jetzt daran, dass man in der Stadt keine Stadtpolizei mehr hat. Ob man dies jetzt befürwortet oder nicht, man hat keine Stadtpolizei mehr. Man hat keine Controllingstelle mehr, man hat keine Umweltfachstelle mehr. Wir haben die Abteilung – es war eine Einzelperson – Stadtentwicklung aufgegeben. Wir geben jetzt etwa ein Dutzend Kommissionen auf. Das hat natürlich Folgen und hängt möglicherweise auch mit dem ersten ordentlichen Vorstoss zusammen, den wir heute behandelt haben, von Christine von Arx, dass diese Papiere, diese Konzepte, die in diesen Fachstellen erarbeitet werden, vielleicht nicht in der nötigen Tiefe, in der nötigen Konsequenz auch nachgeführt und entsprechend

bearbeitet werden. Ich komme jetzt gleichwohl auf die Umweltfachstelle. Die Fachstelle gibt es hier nicht mehr. Das ist richtig. Allerdings ist mir auch wichtig zu sagen, dass wir die Energieberatung haben. Sie war schon vorher bei der a.en. Die Feuerungskontrolle ist bei den Liegenschaften gelandet. Wir haben die Energiestadt in den Hochbau genommen. Der Seidenhoflochweiher und die Taubenschläge, das war alles schon vorher beim Werkhof. Wer glaubt, dass mit dem Verlust der Umweltfachstelle sämtliches Know-how verloren gegangen ist, irrt. Aber wer glaubt, dass mit der Streichung der Umweltfachstelle nur der Umweltkalender aufgegeben wurde, irrt auch. Es sind eigentlich genau solche Projekte und Konzepte, die dann in der täglichen Arbeit dieser Fachpersonen in den Projekten eingebracht werden. Wenn wir in der Stadt bauen, ist dies ja immer ein Zusammenwirken von verschiedenen Kräften. Es ist der Tiefbau, der plant, oder ein Ingenieurunternehmen, das plant. Es ist eine andere ausführende Unternehmung, die dann umsetzt. Die Stadtplanung ist involviert, der Werkhof. Die Polizei muss Strassen absperren, wenn Autos nicht mehr durchfahren können. Auch das gibt es in Olten, nicht nur Fussgänger. Das ist ein Zusammenwirken, und wenn diese Fachstellen eigentlich nicht mehr so präsent sind. Die Verkehrsplanung habe ich noch vergessen. Wir hatten eine Stelle Verkehrsplanung. Genau diese Stelle hat das Konzept Fussgängerleitsystem gemacht, und diese Stelle ist nicht ersetzt worden. Wen soll ich jetzt hier als Verantwortlichen bezeichnen? Normalerweise ist es so. Wenn die Person nicht mehr da ist, geht es zum Chef. Das ist eigentlich die Antwort. Wenn die Aufgabe bleibt und eine Person weg ist, geht es zum Chef. Aber es ist so. Wir haben diese Fachpersonen in verschiedenen Bereichen, auch im Personal, wir haben keine Personalleiterin mehr. Wir haben diese Aufgabe eigentlich dem Rechtskonsulenten übertragen, der gleichzeitig Personalchef ist und eine Assistenz hat. Auch dort gehen vielleicht gewisse Themen in Bezug auf Weiterbildung, Entwicklung des Personal etwas verloren. Wir legen sicher grossen Wert auf die Umwelt, Natur. Es ist mir auch eingefallen, dass wir beispielsweise beim Zweckverband unten, und das habe ich angeregt, neben der Lagerhalle, zwischen der alten Aare und dem Kanal, ein Biotop, wo sich verschiedenste Tierarten und Pflanzen, eben nicht Neophyten, ausbreiten können. Das ist mir wichtig. Ich habe, als ich in dieses Amt gekommen bin, auch angeregt, dass wir gerade für diese Frösche, Lurche eine Ausstiegshilfe haben, beispielsweise, wenn wir die Kanalisation sanieren. Was aber ist, und das muss man einräumen: Es gibt tatsächlich keine systematische Überarbeitung. Es gibt das Naturkonzept wie auch das Fussgänger- oder Sicherheitskonzept. Das wird zur Hand genommen, wenn man ein Vorhaben hat. Man nimmt es hervor und fragt: Was sind die Kriterien, was sind die Ansprüche? Was können wir umsetzen? Was ist letztlich auch vernünftig? Es ist letztlich auch immer eine Frage von Kosten und Nutzen. Das wird gemacht. Aber es stimmt. Wir haben die Kompetenz verloren. Wir haben Ressourcen verloren. Diese Konzepte sind in der Schublade. Das muss nicht einmal schlecht sein. Bei mir sind alle Konzepte in der Schublade, weil der Desk einfach leer ist. Das ist mein Arbeitsprinzip. Das kann jeder handhaben, wie er will. Aber es ist Kompetenz verloren gegangen, und es sind auch nicht die Ressourcen vorhanden, dies einfach mit dem bestehenden, verbleibenden Personal – es sind doch ungefähr 40 Personen weniger – und nicht alle waren bei der Polizei, sie sind nicht mehr da, und das hat einfach Auswirkungen. Die ganze «Sparerei», die wir hier alle mittragen mussten und im Stadtrat auch mitgetragen haben, hat Folgewirkungen. Das muss man einfach sehen. Ich glaube auch nicht, dass es Kollateralschaden gibt. Jetzt weiche ich etwas ab. Du möchtest bald zur Schlussrede kommen. Aber es hat Konsequenzen, und ich glaube, gerade so an diesem Naturkonzept oder an diesen Konzepten, die wir vorhin diskutiert haben, sieht man, dass dieser Verlust einfach auch spürbar ist.

**Eugen Kiener:** Die Fraktion SP/Junge SP findet es sinnvoll und wichtig, dass Beate Hasspacher nach diesem Konzept gefragt hat. Unsere Stadt ist in einer Phase eines grossen Umbruchs. Es wurde viel gebaut, und grosse Projekte sind weiterhin vorhanden, wie jetzt zum Beispiel oberhalb der Martinskirche. Verdichtetes Bauen ist angesagt. Das ist an und für sich sinnvoll in einem Land, wo der Boden knapp ist und ist auch im Sinne der Natur. Aber bei der Begeisterung für moderne, grosszügige Architektur dürfen wir die Natur nicht vergessen. Es braucht Raum für Pflanzen und Tiere, und es braucht Anreiz für die Menschen, sich naturnahe zu verhalten. In dieser Phase der hektischen Veränderungen ist es schade, dass das Naturkonzept jetzt etwas hintenan gekommen ist. Wir wollen uns keine

Umweltfachstelle mehr leisten. Dann braucht es eben wenigstens eine Gotte oder einen Götti, wie es Beate vorhin für alle Konzepte verlangt hat. Es stimmt: Die Antwort auf die Interpellation ist etwas mager. Sicher schaut das Amt für Umwelt des Kantons auch ab und zu nach Olten, und die Mitarbeitenden der städtischen Behörden haben dieses Konzept vielleicht noch in der Schublade. Aber wenn man dann liest, dass eigentlich niemand weiss, welche dieser 46 Massnahmen, die in diesem Konzept aufgezeigt sind, angepackt wurden, welche fertiggestellt sind, bereitet einem dies schon etwas Kummer. Man kann gut daraus schliessen, dass niemand sich darum kümmert, ob es noch Sachen gibt, die man jetzt anpacken sollte, und sich auch niemand interessiert, ob es neue Entwicklungen und Erkenntnisse gibt. Wenn man auch sieht, wie eben der Naturweg Chessloch eher stiefmütterlich behandelt wird, dass immer mehr Abfall im Grünen landet. Ich befürchte, dass auch die Versteinerung der Vorgärten in der Stadt auf uns zukommen wird. Dann erscheint mir wichtig, dass hier im Stadthaus die Natur wieder eine stärkere Lobby erhält.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Ich sehe es ganz anders. Erstens einmal hatten wir in der Fraktion Freude an Deiner Interpellation, Beate, und auch an den Antworten. Ich sehe es überhaupt nicht so schwarz. Auch bei der SVP hat es Naturfreunde. Das heisst nicht, dass wir Grüne sind, aber Naturfreunde. Aber man kann doch den Umweltschutz nicht von der Verwaltung aus mit einer Umweltstelle verordnen. Dass jetzt zum Beispiel der Werkhof überall, wo es diese Plätzchen hat, eine Naturwiese macht anstatt künstliche Blumen, die Dünger brauchen, deshalb braucht es doch keine Umweltbeauftragte. Der Bürger ist doch auch etwas in der Verantwortung. Ich habe um mein Haus herum einen Naturdschungel. Dort habe ich viele Sorten Vögel und allerlei Getier. Wenn ich durch die Stadt gehe, muss ich weit suchen gehen, bis jemand einen Naturgarten hat. Was dies mitten in der Stadt bringt, ist nämlich unglaublich. Damit dies passiert, braucht es doch nicht eine neue Stelle, die dies den Leuten irgendwie ja auch gar nicht verordnen kann. Ich hatte Freude an diesen Ausstiegshilfen. Das Museum hatte sie ja auch einmal präsentiert. Ich weiss, dass am Ende dieses Kreislaufs in den Becken, die Du erwähnt hast, im Zweckverband Abwasser jedes Jahr 3'000 Frösche zugrunde gehen. Solche Sachen finde ich jetzt super, dass man dies macht. Ich sehe es auch mit dieser Antwort total positiv.

**Luc Nünlist:** Nur eine ganz kurze Bemerkung: Ich verstehe, wenn Dir langsam der Kragen platzt. Ich glaube, Du hast klar gesagt, es geht nicht um die Umweltfachstelle, sondern um die Beantwortung des Naturkonzepts. Jetzt lassen wir doch diese Stelle einfach einmal aussen. Es geht nicht um diese Stelle.

**Felix Wettstein:** Thomas Marbet, Du hast vorhin darauf hingewiesen, worauf man verzichten musste. Worauf man bis jetzt nicht verzichtet, ist das Recht des Parlaments, Interpellationen einzureichen. Wenn wir eine Interpellation einreichen, haben wir das Recht auf Antworten, auch wenn die Antworten in der Verwaltung einen gewissen Recherchaufwand bedingen. Wenn ich als Antwort auf eine Interpellation einer Fraktionskollegin den Satz lese: «Mangels Personalressourcen in der heutigen Stadtverwaltung und aus verfahrensökonomischen Gründen wird auf die Nachforschungsarbeiten, welche Massnahmen bereits umgesetzt sind, bewusst verzichtet». Dann muss ich einfach sagen: Das ist das Recht des Parlaments missachtet.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 77

---

## Eingang Motion Arnold Uebelhart betr. Änderung Gemeindeordnung

**Parlamentspräsident Matthias Borner:** Ich weiche jetzt ausnahmsweise einmal etwas von der Traktandenliste ab.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Es geht um den Versuch einer Kompetenzerweiterung des Parlaments, Gemeindeordnung, Teil III. Dort geht es mir um Aussenbeziehungen des Stadtrats, dass er allenfalls gegenüber dem Parlament auch etwas rechenschaftspflichtig wäre. Der Aufhänger war, wie es bei der Unternehmenssteuerreform gelaufen ist, dass wir eigentlich nicht wussten, was ausserhalb der eigentlichen Stadtverwaltung läuft. Vielleicht könnte man dies dann jeweils auch im Jahresbericht etwas erörtern. Es geht also um eine Kompetenzerweiterung des Parlaments. Danke.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 78

## Verabschiedung Stadtrat Peter Schafer

**Parlamentspräsident Matthias Borner:** Zuerst einmal weichen wir auch hier ab. Die Gemeindeparlamentarierinnen und -parlamentarier werden anschliessend im Sisième verabschiedet. Aber wir möchten jetzt Peter Schafer verabschieden. Er war 16 Jahre im Stadtrat und hat zum Beispiel das Thema Sozialregion wie kein anderer geprägt. Er hat auch viele harte Debatten – man kann fast sagen – erlitten. Sicher musste er hier auch längere Debatten miterleben. Wir wollen ihm für seinen Einsatz danken und überreichen ihm noch etwas Kleines.

**Parlamentspräsident Matthias Borner** übergibt Peter Schafer eine Flasche Wein. Es folgt Applaus.

**Dr. Ruedi Moor:** Lieber Peter, Du sitzt jetzt seit 16 Jahren zum letzten Mal in der Reihe des Stadtrats, zwar mit dem Büro im Rücken und jetzt gerade noch mit dem SP-Fraktionschef im Nacken. Du hast Dich aber daran gewöhnt. In dieser langen Zeit bist Du zum Symbol für alles in Olten geworden, was mit dem Wort sozial anfängt. Sozialdirektion, Sozialregion und natürlich nicht das Unwichtigste auch mit der Sozialdemokratischen Partei. Wie immer, gibt es auch etwas weniger konstruktive Assoziationen. Zwischendurch bringt man Dich auch mit Sozialkosten in Verbindung. Das ist natürlich etwas weniger konstruktiv, wenn man nur dies sieht. Nicht nur aus eigenen Stücken tauschst Du jetzt den schön grossen Parlamentssaal der Stadt gegen den Bürgerratssaal, der eher so etwas das Flair einer Bauernstube als eines so schönen grossen Saals wie hier hat. Aber ich bin sicher, Du wirst Dich auch dort zurechtfinden können, und es wird Dir auch dort Freude machen. Es ist nicht fehlende Kompetenz und sicher auch nicht fehlende Beharrlichkeit, die man Dir vorwirft, sondern es war einfach so, dass gewisse Leute fanden, die Amtsdauer von 16 Jahren sei schon relativ lang. Du musstest Dich in all diesen Jahren bei der Behandlung der Rechnung und des Budgets eigentlich jedes Jahr regelmässig zweimal einem Kritikgewitter von Leuten aussetzen, und ich glaube, Du hast Dich richtig daran gewöhnt, die mit dem Begriff sozial auch noch etwas Anderes assoziieren, nämlich vor allem an das Geld denken und vielleicht weniger an die Leute, die es betrifft. Ich hoffe, Du hast es gemerkt. Ich glaube, gestern war, wenigstens seit ich dabei bin, das erste Mal, wo dies bei der Rechnung überhaupt nicht mehr zur Sprache gekommen ist. Ich denke, das darfst Du als Anerkennung betrachten und als Anerkennung verstehen, dass im Sozialbereich vielleicht doch nicht alles so übel ist, wie es böse Zungen immer wieder behaupten. Die Fraktion SP/Junge SP dankt Dir für alles, was Du hier geleistet hast, wünscht Dir alles Gute für die Zukunft und freut sich auf ein aktives, aber auch kritisches Mitwirken in eben einer der Institutionen, die mit sozial anfängt, die aber auch wichtig ist, nämlich in der Sozialdemokratischen Partei. Merci, Peter.

Es folgt Applaus.

**Stadtrat Peter Schafer:** Nach 16 Jahren ist dies heute meine letzte Sitzung als Stadtrat im Oltner Gemeindeparlament. Das Stimmvolk hat mir, wie gesagt, im Namen der Sozialdemokratischen Partei, bei den Wahlen viermal das Vertrauen ausgesprochen. Das freut mich sehr und macht mich auch etwas stolz. Demokratie und Mitbestimmung finde ich etwas vom Grössten unseres Staatswesens. Ich durfte als Stadtrat während so vieler Jahre ein aktiver Teil davon sein. Diese Erfahrung ist für mich sehr wertvoll, und ich empfinde sie

als Privileg. Ich schaue auf die positive Entwicklung dieser Stadt in all diesen Jahren zurück, die ich mitbestimmen durfte. Aber, und das ist mir immer bewusst, ich war immer nur ein Teil der politisch zusammengesetzten Teams. Genau das ist eben der Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Oltnern Einwohnerinnen und Einwohnern für das Vertrauen, beim Parlamentspräsidenten, bei den Mitgliedern des Gemeindeparlaments, beim Stadtpräsident und der Kollegin und den Kollegen des Stadtrates für die konstruktiven Debatten und die Zusammenarbeit. Als Sozialdirektor danke ich aber ganz speziell Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter der Sozialdirektion und Geschäftsführer der Sozialregion Olten, für die umsichtige Leitung sowie allen Mitarbeitenden für die grosse Arbeit, die gerade auf dem Gebiet der Sozialarbeit erbracht wird. Ich benütze die Gelegenheit, mich auch gleich bei allen übrigen Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde Olten für alle Dienstleistungen, die tagtäglich ganz normal erbracht werden, zu danken. Danke vielmals für Euren Einsatz. In diesen Dank einschliessen möchte ich auch alle Vereine, alle Organisationen und Personen, die mit ihren Aktivitäten das Leben in Olten kulturell, ideell, kulinarisch, sportlich oder sonst irgendwie so lebenswert und interessant machen. Danken möchte ich zum Schluss auch meinem privaten Umfeld, meiner Familie, meiner Partnerin für das grosse Verständnis, das sie mir bei den vielen Terminen wegen Sitzungen oder Anlässen, wo ich nicht für sie da sein konnte, entgegengebracht haben. Ganz aus der Politik werde ich mich im Übrigen nicht zurückziehen. Das ist schon gesagt worden. Ich freue mich, ab der neuen Amtsperiode als Mitglied des Bürgerrats der Bürgergemeinde Olten tätig sein zu dürfen. Wer weiss, vielleicht werden wir uns in diesem Zusammenhang wieder einmal sehen oder sonst einfach wegen meines Berufs auf dem Bahnhof. Bis es so weit ist, noch einmal besten Dank für die Zusammenarbeit, und ich freue mich, bald mit Euch anstossen zu dürfen. Ich habe nämlich „Gluscht“ auf ein feines Weissbier. Danke für die Aufmerksamkeit.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Juni 2017

Prot.-Nr. 79

## Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

**Parlamentspräsident Matthias Borner** hält folgende Schlussrede als abtretender Präsident:

„Sehr geehrter Herr Stadtpräsident  
Liebe Stadträtin und liebe Stadträte  
Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments und der Verwaltung  
Geschätzte Vertretung der Presse

Ich sage jetzt einmal nicht „Liebe Gäste“, weil es ja recht übersichtlich ist. Ich begrüsse herzlich Marta Dobay, meinen Grossvater Peter Ruch, meine Eltern Jacqueline und Urs Borner und von der Presse noch Fabian Muster.

Vielen Dank der Treichlergruppe der Chlausenzunft zu Egerkingen für diesen imposanten Auftritt. Der Brauch des Treichelns wird ja durchgeführt, um die bösen Geister zu vertreiben. Ich hoffe, sie haben auch im Gemeindeparlament Erfolg damit. Dieses Jahr als höchster Oltner ist ja für mich wie im Flug vorbeigegangen. Es war eine intensive Zeit. Aber ich habe dieses Jahr sehr genossen. Es hat viele Höhepunkte gegeben. Quasi als Amtseinführung durfte ich den 1. August mit dem Stadtpräsidenten und Regierungsrat Fürst feiern. Da fühlte ich mich schon sehr geehrt. Nachher hat mich beim Donnschtig-Jass sogleich ein Höhepunkt erwartet. Es hat auch dazu gehört, dass ich an Anlässe gegangen bin, die ich sonst wohl nie besucht hätte. Dafür bin ich auch dankbar. So haben mich die Tanztage sehr fasziniert, und bei einer Buchvernissage hat es mir so gefallen, dass ich einer der letzten Anwesenden war und dann gleich eingeteilt wurde, um beim Aufräumen zu helfen. Einer meiner persönlichen Höhepunkte war, dass Martin Wey mir die Ehre gelassen hat, die Jungbürgerinnen und Jungbürger zu vereidigen. Ich durfte zahlreiche Anlässe und Institutionen kennenlernen. In diesem Jahr habe ich auch Wert daraufgelegt, dass ich bei Einladungen auch möglichst gehen kann. So hatte dies zur Folge, dass ich an einem Tag einmal an vier Anlässen war. Was dieses Präsidialjahr für mich ausmacht, sind die Begegnungen. Ich durfte viele Leute kennenlernen und viele, auch neue Aspekte unserer schönen Stadt erkunden. Ich sehe also äusserst optimistisch in die Zukunft unserer Stadt, wenn ich sehe, wie vielfältig und wie viele kreative, aber auch schöpferische Kräfte wirken. Ich danke insbesondere dem Stadtrat und der Stadträtin für die positive Aufnahme. Ich habe wirklich sehr geschätzt, dass Ihr mich immer gleich eingeschlossen und mich so positiv, ja sogar freundschaftlich auf dem ausserparlamentarischen Parkett unterstützt habt. Ich danke auch Markus Dietler, Erika Brunner und Andrea von Känel für ihre wertvolle Hintergrundarbeit. Besonders danken möchte ich dem Parlamentsbüro, das sicher nicht ein einfaches Jahr hatte. Ich habe sehr geschätzt, dass Ihr alle mitgearbeitet und Euch eingebracht habt. Dieses Amtsjahr hat ja ein paar herausfordernde Traktanden beinhaltet, und es haben sich daraus auch längere Sitzungen ergeben. Vielen Dank dem Gemeindeparlament für die Zusammenarbeit in diesem Jahr. Meiner Partei möchte ich für die grosse Unterstützung in diesem Jahr auch sehr danken und dass sie mir die Möglichkeit gegeben haben, das Präsidium zu machen. Ich hoffe, dass ich die Partei auch würdig vertreten haben. Mir wird ja oft vorgehalten, dass ich der Mann der leisen Töne sei. Um dem vehement entgegenzutreten, gehe ich jetzt umso lauter und gehe nachher im Schlepptau der Treichlergruppe hinaus. Die Mitglieder des

Parlaments treffen sich anschliessend im Sisième zum Imbiss zum Legislativende. Ich hoffe, dass ich Euch auch in möglicher hoher Zahl am Schulfestumzug wiedersehen darf“.

Es folgt Applaus.

**Dr. Rudolf Moor:** Lieber Matthias, ich kann natürlich nicht die gleiche Ansprache wie vorhin bei Peter halten. Du hast ein Jahr lang die Sitzungen des Gemeindeparlaments mit einer grossen Übersicht geleitet. Du hast viele Veranstaltungen besucht, die Du vorhin auch gerade erwähnt hast. Du hast überall die Grösse der Stadt überbracht, und das alles hast Du immer sehr ruhig und mit einer angemessenen Würde gemacht. Dafür möchten wir im Namen des Parlaments, aber auch des Büros herzlich danken. Im nächsten Jahr musst Du wieder ins normale Parlamentarierleben zurückfinden und darfst nicht mehr hier in der Mitte sitzen. Dafür darfst Du aber auch überall wieder mitreden und Dich an den Diskussionen im neuen Parlament aktiv beteiligen. Ich möchte nicht mehr viel mehr sagen. Wir wünschen Dir auf jeden Fall viel Freude und weiterhin auch im neuen Parlament viel Befriedigung. Als Dank erhältst Du auch noch ein Geschenk von der Stadt und einen Blumenstrauss.

Es folgt Applaus.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich hoffe, es ist keine Provokation. Ein Bier aus dem Jura mit einem roten Stern. Aber ich habe noch ein anderes mitgenommen, eines aus Olten. Danke vielmals. Super.

**Parlamentspräsident Matthias Borner:** Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

**Doris Käzig:** Geschätzter Matthias, ich zitiere das Oltner Tagblatt im Vorfeld der Wahlen. „Hardliner mit Härz griiff em Parlament ou be dr eigne Fraktion dure, wenna nötig esch“. Genau in diesem Sinne hast Du das Parlament geführt, hast immer den Überblick behalten. Du hast eingegriffen, manchmal mit dem nötigen Humor bei zu langen Voten oder bei unanständigen Bemerkungen. Die Sprechende hast Du einmal erwischt, als sie beim gleichen Geschäft zweimal abgestimmt hat. Mit Deiner Präsenz am Donnschtigass, an den Kabaretttagen, bei der Feuerwehr, an einer Stadtführung, am Kunstmarkt usw. hast Du der Oltner Bevölkerung in der ganzen Vielfalt Deine Wertschätzung entgegengebracht. 50 Anlässe hast Du besucht, also praktisch jede Woche einen, inklusive Ferienzeit, und das alles neben dem Kantonsrat, 100 % arbeiten, Parlament und GPK. Wahrscheinlich hast Du wie andere berühmte Politiker auch noch sechs Stunden geschlafen. Ich weiss, Du hast es gerne gemacht. Aber jetzt kommt der Sommer. Jetzt kannst Du Dich entspannen. Die SVP-Fraktion freut sich, Dich wieder hier hinten in den eigenen Reihen zu haben, und Du kannst Deine Meinung wieder ungeschminkt, aber eben mit Herz im Parlament vertreten. Danke für Deine geleistete Arbeit und mit den Worten der internen SVP-Umgangssprache kann ich nur sagen: Wir sind stolz auf Dich, Mätü.

Es folgt Applaus.

**Parlamentspräsident Matthias Borner:** Mit den Strässen der Stadt, SP und SVP habe ich jetzt nicht gerechnet. Merci vielmals. Ich weiss es sehr zu schätzen.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.